

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

# TATblatt

Projekt  
Zweitageszeitung

alle 14 Tage  
brandaktuell

MINUS 47 NUMMER

(10/91)

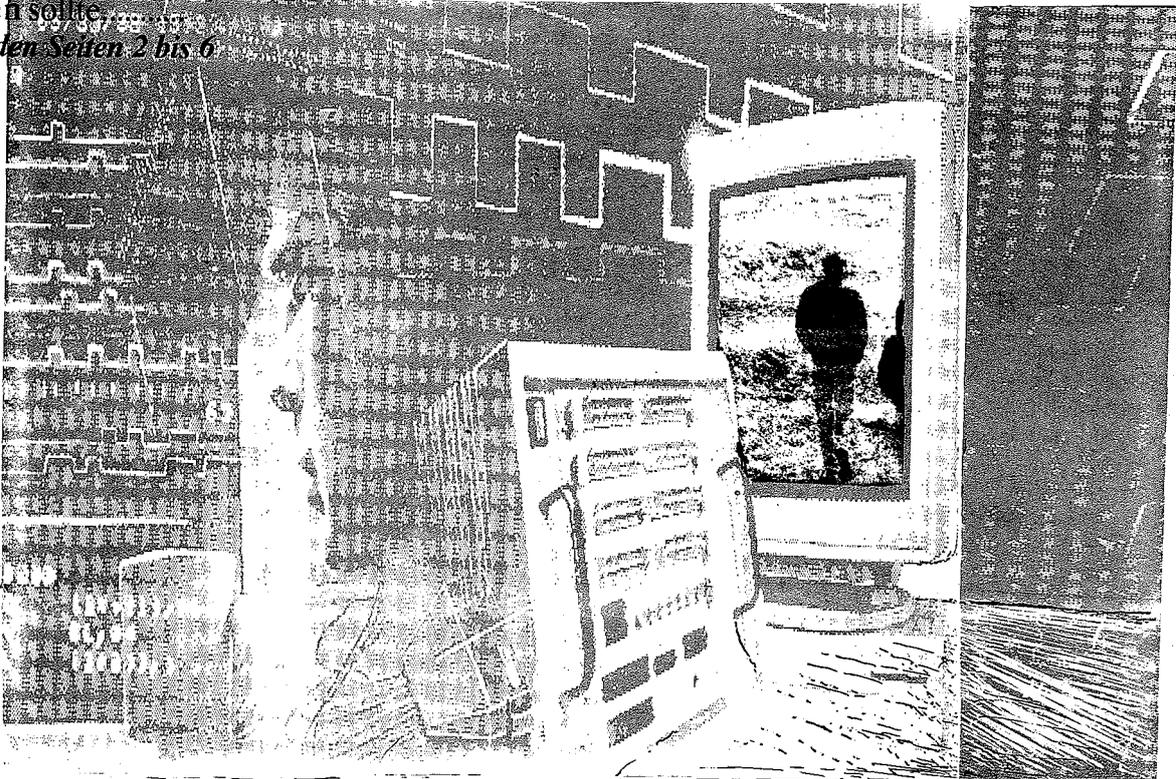
4. Juni 1991

PREIS: öS 10,—

## Das geplante "Sicherheitspolizeigesetz" sieht nicht nur Arrest vor! Per Gesetz zum Überwachungsstaat

Offensichtlich nur um uns zu ärgern legt das Innenministerium nunmehr jede Woche einen neuen Entwurf des geplanten "Sicherheitspolizeigesetzes" vor. Immer wieder behauptet Innenminister Löschnak, auf vorgebrachte Kritik reagiert, das Gesetz geändert, 'entschärft' oder sonst irgendetwas nettes getan zu haben. Neu ist aber nie der Inhalt, sondern immer nur die Nummerierung der jeweiligen Paragraphen. Was drin steht, wie es benutzt werden kann, und warum sich mensch davor rechtzeitig fürchten sollte,

.....auf den Seiten 2 bis 6



Türkei:

## Neues Anti-Terror-Gesetz: Opposition = Terrorismus

Am 12. April 1991 wurde vom türkischen Parlament das "Gesetz zur Bekämpfung des Terrors" verabschiedet. Dieses Gesetz stellt die "verbesserte" und erweiterte Grundlage zur Verfolgung jeglicher Opposition in der Türkei/türkisch-Kurdistan dar. Durch das neue Gesetz ist die Gleichung Opposition = Terrorismus gesetzlich verankert worden. Im Blattinneren wird auf einzelne Paragraphen des Gesetzes näher eingegangen.

Ab Seite 10

# Sicherheitspolizeigesetz: Verdeckte Ermittlung, Observation, besondere Anordnungen und Schleppnetzfangung

Die Diskussion um das Sicherheitspolizeigesetz ist recht kurios. Jahrelang fordern alle möglichen Gruppen ein Polizeigesetz, und jetzt, wo es kommen soll, wollen sie es plötzlich nicht mehr. Da fragt sich mensch doch, warum das so ist.....

Bisher war ja in Bezug auf die Polizei so gut wie nix gesetzlich geregelt. Da waren ein paar kaiserliche Erlässe aus den Jahren 1850 und 52, ein Satzerl aus dem Jahr 1929 und sonst nicht mehr viel. Und die Polizei, die verstand es schon, diesen Freiraum auszunutzen. Sie erweiterte ihren Spielraum, wie wir in der letzten Ausgabe zu verdeutlichen versuchten, unaufhörlich....

Die Vorstellung diverser 'Bürgerrechtsgruppen', die Polizeirechte könnten mittels Gesetz beschnitten werden, waren naiv. Der vorliegende Entwurf eines Sicherheitspolizeigesetzes (SiPolG) fasst die polizeiliche Praxis der Jetztzeit zusammen und schreibt sie Paragraphen fest. Das Ergebnis erinnert in manchen Passagen an Gesetze faschistischer Staaten. Aber was solls, meint Löschnak: es wird doch bei uns nie so heiß gegessen, wie gekocht.

In den folgenden Absätzen werden die wichtigsten Bestimmungen des neuesten Gesetzesentwurfs beschrieben und erläutert. Wir hoffen, damit eine Grundlage für eine breitangelegte Störung der von oben verordneten öffentlichen Ordnung gesetzt zu haben. Die Beiträge, die auch das letzte Mal erschienen sind, wurden überarbeitet....

## Die "erste allgemeine Hilfeleistungspflicht" (§19)

Aufgabe der Polizei sollte nach der 'herrschenden Lehre' die Vorbeugung und Bekämpfung 'allgemeiner Gefahren' sein; Gefahren also, die keiner anderen Behörde (etwa Feuerpolizei, Baupolizei, Marktamt, Gesundheitsamt,...) zugeordnet werden können.

Der Polizeirealität hat diese Definition nie entsprochen. In der alltäglichen Praxis wird zuallererst einmal geamtshandelt, und dann erst gefragt.

Besonders anschaulich kann das an einem Beispiel aus dem Jahr 1988 dargestellt werden: Ein paar junge Leute machten sich einen Spaß daraus, ein oder zweimal mit einer Schreckschußpistole in die Luft zu schießen und danach um Hilfe zu rufen. Nachbarn riefen die Polizei, die dann auf der Suche nach einem möglichen Verbrechen an die 60 Wohnungstüren aufbrach und die dazugehörigen Wohnungen in Abwesenheit der BesitzerInnen durchsuchte.

Der Fall endete — für die Polizei — glimpflich. Die wütenden WohnungsbesitzerInnen wurden kaltlächelnd an das Salzamt verwiesen. Es gibt kein Polizeibefugnisgesetz, sondern nur allgemeine Zuständigkeitsklauseln. Aus diesem Grund kann nicht überprüft werden, ob das Vorgehen der Polizei gesetzlich gedeckt war, sondern nur, ob es irgendwie unter die Zuständigkeitsklauseln fällt. Naja, das tut es halt fast immer.

Mit einer gesetzlichen Regelung, die nur die Abwehr bevorstehender oder bereits erfolgter allgemeiner Angriffe beinhaltet, wäre oben geschildertes Vorgehen wahrscheinlich nicht mehr abgedeckt. Die Hinweise darauf, daß ein in den Aufgabenbereich der

Polizei fallendes Ereignis stattgefunden hat wären im oben geschilderten Fall für ein derart massives Eingreifen in die Rechte anderer (der BesitzerInnen der durchsuchten Wohnungen) nicht ausreichend gewesen. Die Polizei müßte ständige Verurteilungen durch den Verfassungsgerichtshof befürchten!

Hier hilft die "erste allgemeine Hilfeleistungspflicht": Um der Polizei lästige Abwägungen über Berechtigung oder Nicht-Berechtigung eines Einsatzes zu ersparen, 'verpflichtet' sie das Gesetz zu dem, was sie ohnehin tun will:

Die Polizei muß jeden nur irgendwie erdenklichen Vorfall (im Gesetz ganz allgemein "Gefährdung" genannt) als Anlaß zum Einschreiten zu nutzen. "Sobald Grund für die Annahme einer Gefährdung (...) entsteht, sind die Behörden verpflichtet festzustellen, ob tatsächlich eine solche

Gefährdung vorliegt. Ist dies der Fall, so haben sie die Gefahrenquelle festzustellen und für unaufschiebbare Hilfe zu sorgen" (§19 Abs.3). Sollte sich herausstellen, daß ein allgemeiner Angriff vorliegt, ist es ja eh gut, daß die Polizei da ist. Liegt nur eine bestimmte Gefahr vor, naja dann muß die Polizei eben die zuständige Behörde informieren. Ist ja auch nicht schlecht, oder?

Die Zuständigkeit der Polizei für alles und jedeN besteht, bis sich eine andere zuständige Stelle findet. Es wäre ja schließlich schrecklich, wenn einmal keineR zuständig wäre.....

Die erste allgemeine Hilfeleistungspflicht berechtigt die Polizei zu praktisch jedem Eingriff in und zu jeder Kontrolle des Privatbereichs. Sie ist ein offener Rückgriff auf das juristische Instrumentarium des Faschismus!



Innenminister Löschnak:

Würden Sie sich von diesem Mann helfen lassen?

## Grundsätze und Richtlinien polizeilichen Einschreitens in der Regierungsvorlage; Daten- auskunft; Rechtsmittel.

In Polizeieinsätze sollen die Kiberer dem Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen Vorrang vor dem Schutz von Sachen einräumen (§29). Eingriffe in Rechte von Menschen haben dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen. So sollten die gelindesten Mittel zur Durchsetzung von Befugnissen gewählt, Unbeteiligte nicht verletzt, von Zwangsgewalt Betroffene geschont und die Zwangsgewalt überhaupt beendet werden, wenn ihr Ziel erreicht ist oder sie offensichtlich nicht zum Ziel führt.

Klingt zwar vielleicht ganz nett, ist aber für den Altpapierkübel, denn theoretisch gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel schon jetzt. Irgendeine Zurückhaltung ist aber (z.B. bei Einsätzen der Alarmabteilung und der MEK's) nicht zu merken.

Wie gut es die Regierung mit uns Polizeibetroffenen meint, offenbaren die Paragraphen 30 und 31.

Wer Opfer polizeilicher Befugnisausübung ist, hat Rechte: Das Recht, über den Grund des Einsatzes informiert zu werden, einen Rechtsbeistand beizuziehen und "bedeutsame Tatsachen" vorzubringen.

§30 Abs.2: "Dies gilt nicht, wenn und so lange dadurch der Zweck der Befugnisausübung vereitelt würde."

§30 ermächtigt den Bundesminister für Inneres, bestimmte Richtlinien für Einsätze festzulegen. Diese sollen dem Schutz der polizeibesetzten Bevölkerung dienen.

§30 Abs.3: "Die Nichteinhaltung einer Richtlinie hat für sich allein auf die Rechtmäßigkeit einer ausgeübten Befugnis keinen Einfluß."

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß diese Bestimmungen auch eine Beschränkung der Rechte Beschuldigter im (Verwaltungs-) Strafverfahren bedeuten kann. Die Trennung zwischen 'Verfahren' (in dem das Verwaltungsstrafgesetz gilt) und Befugnisausübung (da soll das SiPolG gelten) ist derart schwer, daß eine Vermi-

schung unumgänglich scheint.

Ein Beispiel: mensch wird festgenommen und regt sich — verständlicherweise — auf. Der Polizeijurist fühlt sich in seinem Amtshandeln gestört und übt seine Zwangsbefugnisse aus, um dir den Mund zu stopfen. Um weitere Störungen durch *„aggressives Auftreten gegenüber einem Wachkörper“* zu verhindern, wirst du weggesperrt, ohne einen Rechtsbeistand, eineN VerwandteN oder BekannteN benachrichtigen zu können etc.

„Die Rechte von Zeugen, Beteiligten und Parteien im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens bleiben unberührt“ (§30 Abs2).

Echt scheinheilig! Als obs noch nie dagewesen wäre.....

### Datenauskunft

Welche sich polizeilich erfaßt und verfolgt fühlen, dürfen selbstverständlich fragen, welche Daten über sie gespeichert sind. Und natürlich hat so einE FragerIn auch das Recht auf eine Antwort:

- Wenn keine Daten gespeichert sind oder nur solche, die die Polizei nicht angeben will, weil *„das Wissen der Betroffenen um die Existenz oder den Inhalt des Datensatzes die Fahndung, die Abwehr gefährlicher Angriffe oder die Abwehr organisierter Kriminalität gefährden oder erheblich erschweren würde“*, dann hat die Auskunft zu lauten: *„Es wurden keine der Auskunftspflicht unterliegenden Daten ermittelt oder verarbeitet.“*

- Wenn aber vollständig Auskunft erteilt wurde oder in dem Umfang, in dem die Polizei halt gerade Auskünfte will, weil (siehe oben), dann hat die Auskunft zu lauten: *„Im Übrigen wurden keine der Auskunftspflicht unterliegenden Daten ermittelt oder verarbeitet.“*

Irgendwie scheinen die Typen im Innenministerium entweder alle für blöd oder für absolute GegnerInnen zu halten. Naja, in unserem Fall beruht wenigstens auf Gegenseitigkeit....

### Rechtsschutz

So ziemlich alle österreichischen Gesetze gehen davon aus, daß dem einzelnen ein Schutz vor Behördenwillkür erst im Nachhinein zusteht, also erst dann, wenn ein Willkürakt schon gesetzt wurde.

Aus diesem Grund sind die sogenannten Rechtsmittel recht dürftig entwickelt.

In der Realität stellt das eine Umkehr der Beweislast im Verwaltungsverfahren dar: Betroffene müssen sich über erlittenes Unrecht erst beschweren und dieses dann auch noch beweisen. Die Frage ist ja nur, wie ich die Tatsache, daß eine Situation

eben so und nicht anders war, daß der Polizist etwas falsches ins Protokoll aufgenommen oder sonstwie Scheiße gebaut hat, beweisen kann?

Diese Situation wird durch das SiPoIG nicht nur nicht geändert, sondern sogar ver-

stärkt (siehe oben). Es ist aber müßig, sich Gedanken über ein mögliches 'besseres' Gesetz zu machen.

Es entspricht den Bedürfnissen der Polizei. Welche sich damit nicht abfinden können, sollten vielleicht auswandern....

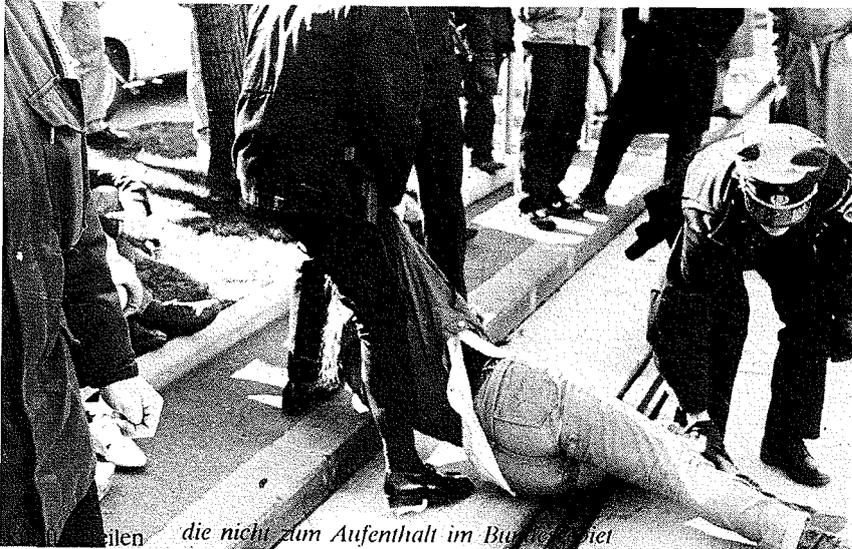
## Besondere Befugnisse der Polizei in der Regierungsvorlage

**Auskunftsverlangen (§35):** Die Polizei ist ermächtigt, von Menschen Auskünfte zu verlangen, wenn sie der Meinung ist, daß eine Gefährdung irgendwelcher Art vorliegt.

**Identitätsfeststellung (§36):** Die Polizei darf die Identität einer Person feststellen, wenn *„auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist“*, die Person begehe eine gefährliche Vorbereitungshandlung oder könne über einen gefährlichen Angriff Auskunft erteilen. Weiters auch, wenn der dringende Verdacht besteht, daß sich am Aufenthaltsort mit beträchtlicher Strafe bedrohte Handlungen ereignen, sich *„Fremde,*

Durchführung einer Wegweisung, wie sie im ersten Gesetzesentwurf vorgesehen war, den Weggewiesenen kennen (bzw. dessen Bekanntenkreis oder Vorstrafenregister), so reichen im 'entschärften' Entwurf bereits allgemeine Annahmen des wegweisenden Polizisten.

**Durchsuchung (§§39,40,41):** Räume, Kraftfahrzeuge und Grundstücke dürfen durchsucht werden, wenn dies der Suche nach Menschen dient, deren Leben oder Gesundheit gefährdet erscheint oder von denen angeblich eine *„allgemeine Gefahr“* ausgeht. Genauso dürfen Sachen gesucht werden, die einem gefährlichen Angriff dienen können. Men-



*die nicht zum Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt sind, aufhalten“* oder sich Flüchtlinge verbergen. Die Feststellung der Identität hat mit der *„vom Anlaß gebotenen Verlässlichkeit zu erfolgen“* und kann unmittelbar durchgesetzt werden. **D.h., daß die Polizei berechtigt ist, Menschen ohne Ausweis festzunehmen!**

Abgesehen vom allgemeinen Charakter der Formulierung ist zu bemerken, daß mit diesem Paragraphen wieder einmal ein Sondergesetz für Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft geschaffen wird. Der rassistische Charakter der österreichischen Gesetze (*„...Menschen, denen man ihre Herkunft ansieht...“*) wird einmal mehr bestätigt!

**Platzverbot (§37)** siehe Verordnungsbefugnis

**Wegweisung (§38):** Die Polizei kann Personen, die eine Amtshandlung angeblich stören (weil sie zB. Zeuginnen einer Amts-miß-handlung werden könnten) oder eine angebliche Gefahr darstellen, wegweisen. Mußte der Polizist zur gerechtfertigten

durchsucht werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen angenommen werden kann, daß sie mit einer gegen Leben, Gesundheit oder Freiheit gerichteten gefährlichen Vorbereitungshandlung in Zusammenhang stehen. Die BesucherInnen einer Großveranstaltung (nicht aber einer Demonstration, dazu siehe Anordnungsbefugnis) können durchsucht werden, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen angenommen werden kann, daß es....(nerv!).

**Sicherstellen von Sachen (§42,43):** Die Polizei darf Sachen einziehen, wenn sie angeblich gefährlichen Vorbereitungshandlungen oder Angriffen dienen kann. Die Dinger gehören der Kiberei, wenn sie nicht binnen sechs Monaten abgeholt wurden oder die Gefahr nach sechs Monaten noch immer besteht.

**Inanspruchnahme von Sachen (§44):** Die Polizei darf fremde Sachen verwenden, wenn sie meint, diese zu brauchen (echt gut, was?).

**Unmittelbarer Zwang (§50):** Alle diese Befugnisse dürfen die Kiberer auch mit unmittelbarem Zwang (also körperlicher Gewalt und Festnahmen) durchsetzen. Unmittelbarer Zwang sollte angedroht werden, bevor er ausgeübt werden. Darauf kann der unmittelbar mittels Gewalt zwingende Polizist aber verzichten, wenn *„dies für die Verteidigung des angegriffenen Rechtsgutes unerlässlich erscheint“*.

## An- und Verordnungsbefugnis bisher und zur Zeit

Dank Artikel 2 §4 Absatz 2 Verfassungs-Überleitungsgesetz (V-ÜG) 1929 darf die Polizei zum Schutz der körperlichen Sicherheit von Menschen und des Eigentums *“die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen treffen und deren Nichtbefolgung als Verwaltungsübertretung erklären.”* Da mensch nach menschlichen Ermessen davon ausgehen kann, daß der Gesetzgeber(würg) die Abwendung aller möglichen



vorhersehbarer Gefahren in Gesetzen regelt (also z.B. die Möglichkeit der Durchsuchung einer Person nach Waffen im Waffengesetz usw.), muß die Gefahr, die zu einer Anordnung gemäß V-ÜG 1929 führt, eine neu auftretende Gefahr sein. Solche Anordnungen begegnen uns im Alltag in zweierlei Gestalt:

- Zuerst einmal als tatsächliche Anordnung. Ein Polizist darf z.B. Menschen, die ihm im Weg stehen (weil sie vielleicht Zeugnissen einer Amts-Miß-handlung werden könnten), wegweisen. Ganz salopp weist er an: gangans weiter! Die Nichtbefolgung einer solchen individuellen Anordnung kann mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden und gegebenenfalls zur Festnahme führen.

- Viel auffälliger sind Verordnungen gemäß V-ÜG 1929, wenn sie zum Zwecke eines polizeilichen Angriffs auf besetzte Häuser oder Bauplätze erlassen werden. Ob Hainburg, Draken-Widerstandscamp oder A4-Besetzung, immer verbot die Kiberei per Verordnung den Aufenthalt im betreffenden Gebiet, um dem Treiben widerständischer AktivistInnen ein Ende zu setzen. Das Besondere an diesen Verordnungen ist es, daß sie erst erlassen werden können, wenn das Verhalten, welches bestraft werden soll, bereits gesetzt wurde. Nicht gerade eine lupenrein 'rechtsstaatliche' Vorgangsweise.

Eine Verordnung nach V-ÜG 1929 muß

*“gehörig kundgemacht”* werden (der VfGH akzeptierte Megaphone noch allemal als gehörig) und kann mittels Zwangsgewalt durchgesetzt werden. Darüberhinaus gibts eine Geldstrafe oder 14 Tage Arrest.

Die Verordnung tritt automatisch außer

## Der Entwurf des Sicherheitspolizeigesetzes Anordnungsbefugnisse im neuen Regierungsentwurf

Wie bereits erwähnt sollte die außerordentliche Anordnungsbefugnis nur bis zur Erlassung genauerer gesetzlicher Bestimmungen gelten. Nach über 60 Jahren aber scheint der praktische Gummiparagraph den Staatsschützern bereits derart ans Herz gewachsen zu sein, daß er sich gleich dreifach und deutlich verschärft im neuen Entwurf wiederfindet:

- Anders als bisher soll §37 Abs.1 SiPolG auch die Möglichkeit bestehen, Verordnungen, mit denen der Aufenthalt an bestimmten Orten verboten wird bereits vor Bestehen der 'Gefahr' zu erlassen. So könnten z.B. Demo-Treffpunkte oder Baustellen zu Sperrgebieten erklärt werden, um Protestaktionen zu verhindern. Diese Verordnungen sollen nach 3 Monaten außer Kraft treten.

- Wie bisher soll die Polizei nach Abs.2 die Möglichkeit haben, bereits besetzte Gebiete mittels Verordnung zu räumen. Interessant ist, daß solche Verordnungen nach 6 Stunden außer Kraft treten, d.h., daß die Polizei z.B. bei der Räumung größerer Bauplätze zwangsläufig auf Teufel komm raus agieren muß (Tränengas etc.), weil ansonsten die Zeit knapp werden könnte.

Verordnungen nach Abs.1 müssen *“in geeignet erscheinender Weise”* bekanntgemacht werden, *“insbesondere durch Anschlag oder Verlautbarung in den Medien”* (Abs.2: *“insbesondere mittels Megaphon”*). Wer also in Zukunft seine oder ihre Meinung manifestieren will, sollte besser vorher

Kraft, wenn die Gefahr weggefallen ist. Über das Ende einer 'Gefahr' gibts aber häufig unterschiedliche Ansichten, sodaß die Verordnungen oft erst dann wirklich außer Kraft treten, wenn sie vom VfGH aufgehoben werden.

noch im Radio nachhören, ob der Demonstrationsort nicht zur Sperrzone erklärt worden ist. Im Übrigen sind auch wir vom TATblatt der Meinung, daß ein Anschlag eine geeignete Maßnahme ist, um auf Sperrzonen und sonstige Einschränkungen der persönlichen Freiheit aufmerksam zu machen.

Und weil ja noch irgendwelche Fälle eintreten könnten, von denen die Polizei heute gar nicht zu träumen wagt, erhält sie auch noch eine weitere *“außerordentliche Anordnungsbefugnis”*. Was alles mittels dieses §49 angeordnet werden soll, ist unklar. Sie ist jedenfalls dem Art.II §4 Abs.2 VÜG nachgebildet und darf daher nicht gegen bestehende Gesetze verstoßen. Denkbar wäre eine Verordnung, die den Erwerb bestimmter Dinge von bestimmten Kriterien abhängig macht (Ausweisleistung, Alter, Beruf,...). In New York City etwa ist der Kauf von Lacksprühdosen und gewisser Sorten von Eddings an einen 'Bedarfsnachweis' gebunden (kein Witz!!!). Eine solche Verordnung stellt zwar nach herrschender Rechtsmeinung einen Eingriff in Menschenrechte dar, ist aber nicht rechtswidrig. Wenn so ein Eingriff aus 'objektiven Notwendigkeiten' geschieht und entweder alle Menschen oder zumindest einen großen Teil der Bevölkerung betrifft (z.B. alle Jugendlichen, alle BewohnerInnen eines Gebiets o.ä.), widerspricht er nicht dem sogenannten *“Gleichheitsgrundsatz”* und geht ok.

Also ehrlich: es gibt doch wirklich keinen Grund, den heimischen Machthabern nicht ähnliches zuzutrauen!

## 'Vorbeugung' und 'Ermittlung'

Zur Zeit sind 'Vorbeugung' gerichtlich strafbarer Handlungen sowie die 'Ermittlung' eventueller TäterInnen nur in allgemeinen Sätzen bestimmt. Die Polizei hat eben die Aufgabe, strafbaren Handlungen vorzubeugen und, sollten sie dennoch vorkommen, die angeblichen TäterInnen zu ermitteln.Punkt.

Paragraph 22 des noch-nicht-ganz-Gesetzes, so behaupten die Autoren, wird nun der weitgehenden Gesetzlosigkeit der Polizei endlich ein Ende setzen. *“Gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit, Freiheit, Sittlichkeit, Vermögen oder Umwelt (ist) vorzubeugen, sofern solche Angriffe wahrscheinlich sind (Punkt). Nach so einem Angriff (sind) die maßgebenden Umstände einschließlich der Identität des Verantwortlichen zu klären, soweit dies zur Vorbeugung weiterer gefährlicher Angriffe erforderlich ist.”*

Und zu diesen Zwecken darf die Polizei Daten ermitteln und verarbeiten (§53).

### Wann darf ermittelt werden?

Hier die einzelnen Rechtfertigungen für Ermittlungen aufzuzählen ist müßig: Ermittelt darf immer werden. Und wenn schon nicht eine Gefahrenquelle festgestellt werden soll, die organisierte Kriminalität oder gefährliche Angriffe abgewehrt oder selbigen vorgebeugt werden soll, dann eben, *“um bei einem bestimmten Ereignis die öffentliche Ordnung aufrechterhalten zu können.”*

### Spitzel, Observation, Dokuteam und die Freiwilligkeit....

Die Polizei darf eigene Daten aus Melderegister oder KFZ-Datei ebenso für ihre Zwecke verwenden wie jene anderer öffentlicher Stellen (Arbeitsämter, Gebietskran-

kenkassen etc.). Letztere sind sogar ausdrücklich verpflichtet, der Polizei zur "Abwehr gefährlicher Angriffe oder (...) organisierter Kriminalität" ihre Daten zur Verfügung zu stellen (ausgenommen sind nur Stellen mit ausdrücklichen Weitergabeverboten, also z.B. Rechtsanwaltskammern). Soll woanders "zur Abwehr gefährlicher Angriffe (...) oder organisierter Kriminalität" gespitzelt werden, so müssen die Ermittler "auf den amtlichen Charakter der Ermittlung sowie auf die Freiwilligkeit der Mitwirkung hinweisen", solange nicht "die Erfüllung der Aufgabe gefährdet oder erheblich erschwert würde (verdeckte Ermittlung)".

Neben Spitzeln sind im Regierungsentwurf aber auch Richtlinien für die Dokumentations- und Observationsteams der Polizei festgehalten. Ist das Spitzeln erlaubt, kann es auch "mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten" oder "durch Beobachten" und auch verdeckt erfolgen. "Ist zu befürchten, daß es bei einer Zusammenkunft zahlreicher Menschen zu gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Eigentum von Menschen kommen werde, so dürfen die Sicherheitsbehörden zur Vorbeugung solcher Angriffe personenbezogene Daten Anwesender mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ermitteln; sie haben dies jedoch zuvor auf solche Weise anzukündigen, daß es einem möglichst weiten Kreis potentieller Betroffener bekannt wird" (§54 Abs.5). Diese Bestimmung ist ein Widerspruch in sich, denn während einer Veranstaltung ist es ja schon zu spät, 'vorbeugende' Maßnahmen gegen militante Aktionen zu setzen. Aber die Formulierung der Gesetze soll nicht unser Problem sein. Betrachten wir es von der positiven Seite: Natürlich ist das ein Angriff auf das Demonstrationsrecht, aber seien wir doch froh, daß die Polizei höchstpersönlich Werbung für obligatorische Vermummung auf Demos machen wird!

### Schleppnetzjagd

Großcomputer haben der Polizei eine Unmenge neuer Möglichkeiten eröffnet. Das Bundeskriminalamt der BRD verknüpfte 1977 im Zuge der 'Terroristen'jagd Daten der Hamburger E-Werke, des Melderegisters, diverser Banken und anderer öffentlicher Stellen, um so Personen mit auffälligen Merkmalen aus den Dateien herauszufiltern. 'TerroristInnen' mieten Wohnungen oder Autos unter falschen Namen, haben kein Lohnkonto usw., war die Annahme.

Nachdem die Dateien mit einander verglichen wurden, blieben drei Wohnungen übrig, deren Stromrechnung nicht automat-

isch bezahlt wurde, auf deren Besitzer kein Auto oder Telefon angemeldet war usw...

In einer der drei Wohnungen wurde dann Ralf Reinders, Angehöriger der "Bewegung 2.Juni", verhaftet.

Während des Datenvergleichs waren hunderttausende Menschen von der Polizei überprüft worden, ohne es zu wissen.

Da aber diese 'Rasterfahndung' (mehrere Dateien werden 'übereinandergelegt', die Schnittpunkte ergeben 'Raster') in den 80ern für verfassungswidrig erklärt wurde, wandte sich das BKA der 'Schleppnetzjagd' zu.

Anders als bei der Rasterfahndung kommen bei der Schleppnetzjagd nicht alle



IWF-Kongreß, Berlin 1988: Verdeckte Observation 'gefährlicher' DemonstrantInnen

Menschen in den Computer, sondern 'nur' jene, die in irgendeinem Zusammenhang mit einer strafbaren Handlung stehen könnten. Während der Entführung Schleyers (Arbeitgeberpräsident der BRD) im Jahre 1977 speicherte das BKA z.B. die Daten aller Personen zwischen 25 und 35, die Züge aus der BRD Richtung Frankreich benutzten (Sie verdingen sich im 'Schleppnetz'). Da die BekennertInnenbriefe der RAF aus Paris abgesandt wurden und 'TerroristInnen' in der Regel eben so zwischen 25 und 35 sind, war die Vorgangsweise für die BRD-Richter verfassungsmässig o.k.

Die Daten wurden über Jahre gespeichert und mit anderen Datensammlungen, die nach Aktionen der RAF oder Demonstrationen angelegt wurden, verglichen. Personen, die öfters so in einen Computer gekommen sind, erwecken natürlich Verdacht und werden bespitzelt. Auf diese Art und Weise sind in der BRD hunderttausende Menschen in die Computer des BKA gekommen. Die Schleppnetzjagd führt in der Anfangszeit ihrer Anwendung nicht zu so spektakulären 'Erfolgen' wie die Rasterfahndung, weil die Dateien erst langsam aufgebaut werden müssen. Als Entschädigung liefert sie der Kiberei aber fast vollständige Listen politisch aktiver Menschen

Paragraph 53 des SiPolG ist eindeutig auf die Entwicklung einer österreichischen Schleppnetzjagd ausgerichtet!

### Karteien

Nach Veröffentlichung des ersten Gesetzes-Entwurfs erregte die Möglichkeit der Anlegung einer Kartei sogenannter 'Geisteskranker' großes Aufsehen. Die "Geisteskrankenkartei" gibt es laut Löschnak nicht mehr. Die Wahrheit ist das aber nicht.

Paragraph 57 erlaubt der Polizei, polizeiliche Evidenzen anzulegen. In zehn verschiedenen Punkten sind so ziemlich alle vorstellbaren Gründe aufgezählt, wegen deren mensch in so eine Kartei kommen könnte: In den Polizeicomputer kommt, gegen wen aus welchen Gründen auch immer ermittelt wird, gegen wen ein Haft- oder Vorführbefehl besteht oder wer unmündig oder "psychisch behindert" und unbekannt

Aufenthalts ist. Wer einmal drin ist, bleibt es für zumindest fünf Jahre (das Datum der letzten Eintragung ist ausschlaggebend).

Was die 'Geisteskrankenkartei' betrifft, die im dritten Reich Grundlage der systematischen Ermordung Behinderter bildete, muß auf §46 verwiesen werden. Dieser ge-

stattet es nämlich, "Menschen, die wegen Geisteskrankheit, Schwachsinn oder einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung zu rechnungsunfähig sind" unter anderem auch "zur Feststellung eines Sachverhalts festzunehmen". Außerdem darf die Polizei "Menschen, von denen sie aus besonderen Gründen annehmen, daß sie an einer psychischen Krankheit leiden und im Zusammenhang damit ihr Leben oder das Leben oder die Gesundheit anderer ernstlich und erheblich gefährden" in die Psych stecken. Die Sauererei sind die 'besonderen Gründe'. Sie brauchen nicht 'bestimmt' zu sein; es reichen subjektive Annahmen des festnehmenden Polizisten: 'Der war so komisch angezogen.....'

### Datenweitergabe

Zuletzt soll noch festgehalten sein, daß die Weitergabe der 'ermittelten' Daten an in- und ausländische Behörden selbstverständlich möglich ist. Werden Daten an ausländische Behörden (zum Zwecke der Vorbeugung oder zur Wahrung erheblicher Interessen des Empfängerlandes) übermittelt, so ist der Empfänger (z.B. der türkische Geheimdienst oder das BKA) "darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das der Bundesminister für Inneres sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu ersuchen" (§56 Abs.3). Echte Scherzkübelin....

## Strafbestimmungen des Entwurfs

Nach der bisherigen Lektüre dieser Zeilen wird es so manche erstaunen, daß das neue Sicherheitspolizeigesetz Strafen für die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts vorsieht. Also wenn wir nicht ganz genau wüßten, daß es sich bei den Autoren dieses Gesetzes und deren Hintermännern um best beleumundete Menschen handelt, die Tag für Tag ihre Pflicht erfüllen und überhaupt keinen Grund haben, sich an irgendwelche Deportationsversuche oder ähnliche Schweinereien zu erinnern,... also mensch könnte fast glauben, ...aber lassen wir das!



BKA-Chef Horst Herold: Erfinder der Raster- und Schlepptrafahndung

*„Wer durch besonders rücksichtsloses Verhalten die Ordnung an einem öffentlichen Orte ungerechtfertigt stört, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe von bis zu 3000 S zu bestrafen. Anstelle einer Geldstrafe kann bei Vorliegen erschwerender Umstände kann eine Freiheitsstrafe bis zu einer Woche, im Wiederholungsfall bis zu zwei Wochen verhängt werden“ (§81). Von einer Festnahme kann abgesehen werden, wenn den TäterInnen die Mittel zur Begehung der Ordnungsstörung abgenommen werden oder die angeblichen StörerInnen vom Platz gewiesen werden können.*

Genauso kann es auch Menschen ergehen, die sich gegenüber einer Militärwache aggressiv verhält (§82).

Die Verkürzung der Haftstrafe auf eine Woche im Falle von 'ErsttäterInnen' wurde von Löschnak als wesentliche Erntschärfung des Gesetzes verkauft. Sie ist es aber nicht!

Schon bisher konnte bei 'ErsttäterInnen' im Verwaltungsverfahren nur dann eine Haftstrafe verhängt werden, wenn dies insbesondere zur Abschreckung vor Wiederholungstaten notwendig sein sollte. Daß das bei Ordnungsstörungen nie zutrifft, mußten selbst die Höchststricher einsehen. Bei einem Menschen, der zum ersten Mal gegen die öffentlich verordnete Ordnung verstößt, kann NIE Wiederholungsgefahr angenommen werden! Die Änderung des Entwurfes ermöglicht aber nunmehr erklärmaßen Haft bis zu einer Woche, und zwar nur für 'ErsttäterInnen', denn für alle anderen gilt ja die zweiwöchige Haft-Obergrenze.....

Die Entschärfung des Gesetzes hat in Wahrheit eine Verschärfung nach sich gezogen!

Eine Verwaltungsübertretung begehen auch jene, die Verordnungen gemäß den

§§37 und 49 (Platzverbot und besondere Anordnungen) zuwider handeln. Ihnen kann bis zu 1500 Öschis oder eine Woche Ersatzarreststrafe aufgebürdet werden.

Was eigentlich das in §81 beschriebene Verhalten (das bisher übrigens auch schon strafbar war) ist, versuchte Löschnak anläßlich einer Pressekonferenz darzustellen:

- Eine Löschnakstory handelte von einem Bésoffenen, der in einen Autobus urinierte und InsassInnen und Chauffeur, schließlich auch den einschreitenden Polizisten beschimpfte.

- Löschnak-Aufreger Nummer zwei war ein Sandler, der im Bahnhof Wien-Mitte auf einer Bank schlief. PassantInnen riefen nach der Polizei, die "den extrem unhygienischen und übelriechenden Mann, den die PassantInnen als Zumutung und Frechheit bezeichneten" weckte. Klarerweise beschimpfte der eben erst aufgewachte Mann die Polizisten, was ihm zwei Wochen Arrest einbrachte.

- Und letztlich gab Löschnak noch eine

Zuletzt: die TATblatt-Indoktrinations-Ecke

### Nur keine Polizei ist eine gute Polizei!

Das Sicherheitspolizeigesetz sieht so aus, wie ein Sicherheitspolizeigesetz eben nach Meinung der Herrschenden Aussehen muß. Es hat wenig Sinn, über die Ersetzung von Polizisten durch SozialarbeiterInnen zu lamentieren, die Streichung des Schutzes des Eigentums zu verlangen oder der Polizei die Waffen ab- und Namensschilder aufzuschwatzen. Das jede Kritik nur zu einer Effektivierung und damit zu einer Verschärfung des Gesetzes geführt hat, glauben wir, zumindest ansatzweise, aufgezeigt zu haben.

Es bleiben ohnehin nur Phrasen: Die Polizei ist ein Gewaltapparat, dessen Ziel die Aufrechterhaltung der Ordnung ist. Was sollen wir sagen, das steht ja sogar im Gesetz. Und darüber, daß diese Ordnung nicht die unsere ist, brauchen wir ja hoffentlich nicht zu diskutieren.....

Es ist der Linken schon gehörig die Phantasie ausgegangen, als sie ein Gesetz forderte. Und es ist auch kein Protest zu hören, wenn Obervolltrottel wie Peter Pilz die bessere, die effektivere Polizei fordern, damit Leute wie wir besser verfolgt werden können (und vor allem: nicht mehr schreiben können, daß er ein Obervolltrottel ist!).

Ehrlich gesagt: selbst wir, die Oberobernävlinge und -Innen, glauben nicht so recht daran, daß wir dieses Gesetz noch verhindern können. Und wenn: wozu? Um weiterhin den gleichen blöden Maschinen in Kampfuniformen gegenüberzustehen? Das ist wirklich keine tolle Perspektive!

Eingekesselte Demonstrationen, obser-

Geschichte über einen Mann zum Besten, der sich über eine seiner Meinung nach ungerechtfertigte Anzeige aufregte. Er bezeichnete den amthandelnden Polizisten als "grünen Vogel, der nicht einmal eine Anzeige formulieren könne". Der Polizist bewies das Gegenteil, der Aufreger mußte hinter Gitter.

Die vierzehn Tage Arrest werden einen Menschen zwar nicht ändern, meinte Löschnak, "aber er wird sich das in Zukunft schon überlegen, wie er sich in so einer Situation verhalten wird." So gesehen komme dem §83 "schon ein gewisser Präventiver Charakter" zu.

Und schließlich: "Wir brauchen diese Bestimmung, um gegen Leute vorgehen zu können, die noch kein anderes Gesetz gebrochen haben", insbesondere gegen Skinheads und Fußballplatzbesucher.....

Die Paragraphen 81 und 82 sind Sonderparagrafen, die sich gegen jede Form 'sozialen Fehlverhaltens' richten. Wer eben durch aggressives (vielleicht Irokesen-Haarschnitt oder Lederjacke) oder unsachliches Verhalten (stinken?) die öffentliche Ordnung stört, muß mit bis zu 14 Tagen Arrest rechnen. Was die Regeln gedeihlichen Miteinanderlebens von Menschen sind, bestimmt der Innenminister.

Ein Glück, daß Löschnak so ein honorierter Mensch ist...

vierte und sonstwie überwachte Vereinslokale, verdeckte FahnderInnen mitten unter uns... kein Spaß nicht. Das Problem mit der Polizei wird sich so oder so nicht sonderlich verändern. D.h. Verändern wird sich dann wohl das Gegenüber müssen: also wir!

Also irgendwie darauf reagieren!

Wer das als Aufruf zur Gründung verdeckt arbeitender militanter Gruppen wie etwa der "Aktion Denken und Handeln" oder als Feststellung, daß 'legales politisches Arbeiten' nach Art der Grünen nicht mehr das Wahre ist versteht, sieht das natürlich alles falsch.

Aber die Erlösung kam uns wieder einmal beim kollektiven autoalkoholisieren im Stammbeisl: Wie wird denn die 'öffentliche Ordnung' in den befreiten Gebieten El Salvadors, auf den Philippinen organisiert? Wie war das in Nicaragua mit den zivilen Verteidigungskomitees? Wie machte das der Viet-Kong, und wie siehts in Nordirland und im Baskenland aus, wenn die gegen Drogenringe vorgehen. Sind die Leute, die in sogenannten revolutionären Situationen Schutzfunktionen übernehmen nicht dieselben, die bewaffnet und inhaltlich gegen repressive Herrschaftsapparate vorgehen?

Von denen können wir ja wohl nur lernen, was?

Das ist aber jetzt für die nächste Ausgabe des TATblatt vorgesehen; und der Beitrag wird all jenen Linken gewidmet sein, die sonst immer fragen: "Aber was täten wir denn ohne die Polizei, wenn die Faschos kommen.....?"

Ende

# Der (leider nicht) abgeschlossene (nicht) Kurzkrimi

Roland K., 19 Jahre alt, sitzt seit zwei Monaten in Untersuchungshaft. Er ist von einer an der burgenländischen Grenze stationierten Bundesheereinheit abgehaut.

Super; ein toller Typ, werden sich jetzt manche denken. Aber vorsicht: Roland ist nicht der pflegeleichte Weltverbesserer, den Linke und AntimilitaristInnen 'ungschauda' zum alternativen Helden erklären können.....

(Gruppe für Totalverweigerung)

Roland ist von zu Hause ausgerissen, schon sehr oft; und mit 17 dann endgültig;....wollte mit den Alten nix zu tun haben.

Das hat natürlich Probleme nach sich gezogen, mit so aufgesetzten Bedürfnissen wie Essen und Trinken: *"Die Staatsanwaltschaft Linz legt Roland K. zur Last, sich zwischen März und April sowie im Juni 1990 in mehreren Fällen unbefugt Zutritt zu verschlossenen Räumlichkeiten verschafft zu haben und darin vornehmlich Getränke und Lebensmittel im Wert von 2500 Schilling (...) an sich gebracht zu haben"* (Anklageschrift).

## Also Einbruchdiebstahl.....

Richter: "Sie waren beim XY zu Besuch und haben dort Sachen gegessen, die gestohlen waren."

Roland: "Ich hab'ja nicht gewußt, daß sie gestohlen sind."

Richter: "Aber sie konnten doch auf Grund des Lebenswandels des XY annehmen, daß sie gestohlen waren?"

Roland: "Hör'n's, wennst Hunger hast, da fragst net lang, was du da g'rad ißt."

Also Hehlerei.....

Roland und FreundInnen werden 'erwischt', sind 'geständig' und werden wieder auf freien Fuß gesetzt.

Irgendwann im Spätsommer 1990 wird Roland dann ein Einberufungsbefehl des Bundesheeres an die Adresse seiner Mutter geschickt. Aber bekommen hat er den Brief natürlich nie, denn an dieser Adresse war er nur gemeldet, gewohnt hat er irgendwo...

Erst Anfang Oktober 1990 erfährt Roland, daß er zum Bundesheer soll, und fährt von Linz nach Wien in die Maria Theresien Kaserne; tritt am 3. Oktober 'seinen' Präsenzdienst an.

Das Bundesheer akzeptiert seine Erklärung für's zu spät kommen.

Kurz nach dem Einrücken erklärt Roland, nicht beim Bundesheer bleiben zu wollen, weil er sich nicht vorstellen könne, auf Menschen zu schießen. Formell wäre dies als fristgerecht (mündlich) eingebrachter Zivildienst Antrag zu werten gewesen, da jeder sogenannte Wehrpflichtige, der das erste Mal einrücken muß, nach Erhalt des Einberufungsbefehls 14 Tage Zeit hat, einen solchen Antrag zu stellen. Auf jeden Fall wäre es aber an der Zivildienstkommission gelegen, Rolands Antrag abzuweisen.

Aber so weit kommt's gar nicht: "zu spät", "nutzt eh nix", "red' net blöd daher", usw.....; Roland wird von 'seinen' Vorgesetzten abgewimmelt.

Er stellt einen Antrag auf Versetzung nach Linz, um die Freizeit zumindest mit seinen FreundInnen verbringen können: Erst mündlich — wird ignoriert; dann schriftlich — wird zerrissen; und schließlich klebt Roland die Fetzen seines zerrissenen Antrags zusammen und übergibt ihn abermals 'seinem' Vorgesetzten.

Das wirkt. Der reparierte Antrag wandert in die Schublade, und das Leben beim Bundesheer wird für Roland zur Hölle.....

## Nach Punkt und Beistrich...

Er soll "die ganze Kaserne von Schmutz und Staub befreien", kann den Befehl natürlich nicht "wortwörtlich, nach Punkt und Beistrich" ausführen, wird mit Ausgangsverbot bestraft, muß immer wieder strafweise Wache schieben usw.

Zweimal verschwindet er für eine Woche "weil ich's einfach net aus'halten hab; für die war ich ja ka mensch", meldet sich aber jeweils nach einer Woche wieder bei 'seiner' Einheit.

Als diese Einheit dann Anfang 1991 an die Burgenländische Grenze verlegt wird, eskaliert der Konflikt zwischen Roland und 'seinen' Vorgesetzten: Mehrmals muß Roland sechs Stunden und mehr Wache stehen (üblich sind im Winter zwei Stunden). Verschärfend wird ihm einmal untersagt, die Winter-Uniformmütze, ein anderes Mal den Fellmantel aus der Unterkunft zu holen.

Es scheint so, als sollte er mit unerträglichen Befehlen gezwungen werden, sich aufzulehnen, ....

Irgendwann dann Anfang Februar hat's endgültig gereicht: Roland verabschiedet sich für immer vom Bundesheer und fährt nach Linz zurück; zurück zu seinen FreundInnen.

Aber dort tauchen an den Treffpunkten immer wieder Polizisten und die Militärstreife auf, schließlich sogar Sozialarbeiter. Sie suchen Roland, um ihn zum Bundesheer zu verfrachten.

Dieser ist somit gezwungen, sich aus seinem Freundeskreis zurückzuziehen. Kontakt gab's nur mehr zu ganz wenigen Menschen, bei denen er wohnen konnte oder die ihn mit Essen versorgten. Er war zur Untätigkeit gezwungen, und damit völlig abhängig von anderen Menschen.....

**An dem Punkt müssen wir kurz etwas einschieben:**

*Die meisten Linken, AntimilitaristInnen usw. können sich's schon ganz gut leisten,*

*politisch aktiv zu sein und hehre Ideale zu haben. Letztlich kann da irgendwo (wenn auch unter beschissensten Arbeitsbedingungen) das Geld zum Leben aufgestellt werden. Es gibt (zumindest ansatzweise) solidarische Strukturen, die aushelfen können; und die vor allem wissen, wohin mensch gehen muß, wenn's Probleme gibt am Arbeits- oder Sozialamt; oder mit der Justiz, weil mensch beim Plakatieren, Sprühen, auf einer Demonstration, beim Fladern eingefahren ist oder gerade Wickel mit dem Kriegsdienst hat. Aus so einer relativen Sicherheit heraus kann mensch leicht politisch handeln.*

*Das Privileg, in mehr oder minder solidarische Strukturen eingebunden zu sein, ist eines der Linken. Roland hat und hatte es genausowenig wie andere 'kids' oder Angehörige sogenannter 'Randgruppen'. Er war auf die Hilfe zweier oder dreier FreundInnen angewiesen, die selbst genug Probleme haben.....*

*Eine solche Situation ist nicht mit der Normalität des bürgerlichen Alltags zu vergleichen. In dem Maß, in dem mensch das Gefühl hat, an der eigenen Situation nichts ändern zu können, verschieben sich auch die Prioritäten. Zur Untätigkeit gezwungen und mit eingeschränktem Aktionsradius verändert sich auch der Tagesablauf. Zeit ist kein wesentlicher Faktor. Wichtig sind nur Dinge, die zum unmittelbaren Überleben notwendig sind: Für Roland muß es nach den mit dem Bundesheer gemachten Erfahrungen kaum vorstellbar gewesen sein, wie er da jemals irgendwie 'rauskommen soll: Um wieviel Uhr mensch sich mit jemandem trifft, um Geld, Lebensmittel, Zigaretten oder sonst irgendwie Unterstützung zu bekommen, spielt da keine Rolle mehr.*

*soweit der Einschub.....*

In der Nacht vom 7. auf den 8. April 1991 wartete Roland gemeinsam mit einem Freund vor dem Haus, in dem er gerade wohnte, auf einen Bekannten, der ihnen Essen vorbeibringen sollte. Vor dem Haus ist es dunkel. Also gehen sie 20m, um sich im Licht einer hellerleuchteten Billa-Auslage Zigaretten zu drehen. Plötzlich Blaulicht und Folgetonhorn. Roland läuft aus Angst vor dem Bundesheer weg. Sein Freund wird sofort festgenommen, Roland am nächsten Morgen aus dem Bett geholt und in U-Haft genommen: Er soll versucht haben, in den Billa einzubrechen!

Ein beschädigtes Schloß am Billa und die Aussage einer alten Frau, die zwei Männer vor dem Geschäft stehen sah und "natürlich sofort die Polizei geholt" hat, sollen ihn

'überführt' haben.

Tatsächlich gibt es in der Hauptverhandlung nicht einmal ein Photo von der beschädigten Tür, und die alte Frau kann weder Roland, noch seinen Freund wiedererkennen. Überhaupt kann sie gar nicht sagen, was die beiden gemacht haben sollen, weil sie den Ort des Geschehens gar nicht einsehen konnte, wie sie später vor dem Richter erklärt.....!

### U-Haft

Sieben Wochen verbrachte Roland bis zur ersten Hauptverhandlung in Untersuchungshaft. Zeit genug, um 'seltsamste Dinge' passieren zu lassen:

- Der Entlastungszeuge, der Roland in der Nacht vor der Verhaftung hätte Essen bringen sollen und daher Rolands Aussage in wesentlichen Punkten bestätigen könnte, wird nicht ausgeführt, obwohl sowohl der Polizei als auch dem Gericht ein richtiger Name, eine Telefonnummer und eine genaue Beschreibung des Wohnorts vorlagen und -liegen (die Adresse war für Roland unerheblich; er mußte ja nur hinfinden können). In der Hauptverhandlung stellt sich heraus, daß die Unauffindbarkeit des Zeugen mit seinem Beruf zusammenhängen könnte: Er ist Polizist!

- Roland ist vor kurzem aus dem Bundesheer entlassen worden; eine Bestätigung darüber hatte er in Händen. Damit wäre der wesentlichste Grund für die Verhängung der U-Haft weggefallen. Unerklärlicherweise verschwand die Bestätigung in den Tagen vor der Hauptverhandlung aus Rolands Zelle.

- Und schließlich hatte die Staatsanwaltschaft 'vergessen', den Strafantrag auf Desertion auszudehnen. Dies hatte zur Folge, daß noch zwei Tage vor der Hauptverhandlung kein Verteidiger für Roland bestellt gewesen war (bei Einbruch und Hehlerei kein Anwaltszwang, bei Desertion schon). Wäre das nicht zufällig von FreundInnen Rolands entdeckt worden, wäre er entweder 'rechtswidrig' verurteilt oder die Verhandlung vertagt worden. Beides hätte weitere — monatelange — U-Haft bedeutet!

### Hauptverhandlung

Roland ist geständig. Die Einbrüche aus dem Jahr 1990 gibt er zu, ebenso die Desertion und die Hehlerei. Irgendwelche Erklärungen aber läßt der Richter nicht zu ("Hätten's halt angefangen, ein bisserl aufzukehren",...), Rolands subjektiven Eindrücke werden ins Lächerliche gezogen (Roland: "ohne Mantel bei minus 20 Grad"; Richter: "So kalt wars diesen Winter nicht, ich weiß das.").

Nur den Billa-Einbruch streitet Roland ab, versucht den Richter von seiner Schuldlosigkeit zu überzeugen. Vergebens: "Um 2 Uhr in der Nacht auf jemanden warten, der einem Lebensmittel bringen soll. Das ist nicht lebensnah". Der Richter erklärt Rolands Darstellung, die noch von seinem Freund bestätigt wird, damit zur Lüge.

## Hüseyin Balkir darf ausreisen - Kurdischer Exilpolitiker verläßt Österreich, Auslieferungsverfahren läuft weiter:

(Standard, 15. Mai 91)

Wien - Nach einem fast dreimonatigen Zwangsaufenthalt in Österreich wird der kurdische Exilpolitiker Hüseyin Balkir noch diese Woche das Land verlassen und nach Frankreich zurückkehren. U-Richterin Brigitte Keil hatte Balkir am Freitag seinen Paß ausgehändigt, das Gelöbnis aufgehoben und die Kaution von \$ 60.000 zurückgezahlt.

Balkir war am 25.2. in Wien-Schwechat bei seiner Einreise verhaftet und in Auslieferungshaft genommen worden. Die türkischen Behörden begehrten mit wechselnden Argumenten die Auslieferung des prominenten Kurden, der in Opposition zur türkischen Regierung steht. In Paris, wo Balkir seit mehr als 10 Jahren als anerkannter politischer Flüchtling lebt und tätig ist, hatte ihm die österreichische Vertretungsbehörde zwar ein Visum ausgestellt, doch kramte in Wien das Innenministerium einen 14 Jahre alten Haftbefehl der Türkei hervor und steckte den 35jährigen ins Gefängnis.

Nach 3 Wochen Haft wurde der Kurde

gegen Abnahme aller Dokumente, Kaution und Gelöbnis auf freien Fuß gesetzt. In etlichen anderen europäischen Staaten war das türkische Auslieferungsbegehren gegen Balkir jeweils in wenigen Tagen abgewiesen worden. In Österreich läuft das Verfahren immer noch, nächste Woche wird das Oberlandesgericht Wien einen Termin für eine Verhandlung anberaumen. Die österreichische Lösung, um die internationale Peinlichkeit in Grenzen zu halten: Balkir, vertreten von Anwalt Thomas Prader, darf schon vorher das Land verlassen, braucht den Ausgang seines Verfahrens nicht mehr abzuwarten.

Richterin Keil hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, da sich auch die Staatsanwaltschaft in einer Stellungnahme gegen die Auslieferung ausgesprochen hatte. Balkir war vor seiner Flucht aus der Türkei in Istanbul aufgrund seines Engagements für das kurdische Volk wegen "Separatismus" inhaftiert und schwerer Folter ausgesetzt gewesen. Auf seiner Flucht nach Frankreich hatte Balkir bereits 1981 in Wien Station gemacht. ●

Das Verfahren wird vertagt, um den 'vergessenen Zeugen' endlich aufzufindig zu machen. Rolands Pflichtverteidiger stellt einen Antrag auf Entlassung aus der Haft.

Die U-Haft war ursprünglich verhängt worden, weil Roland keine Arbeit und keine Wohnung hatte vorweisen können. FreundInnen besorgten ihm beides. Dennoch bleibt er in Haft....

Die weitere U-Haft, so meint der Richter, sei notwendig,

- um Roland von neuerlichen Desertionen abzuhalten, die er gar nicht begehen kann, da er ja nicht mehr Bundesheerangehöriger ist.

- um ihn von weiteren Einbrüchen abzuhalten, die er angeblich in Freiheit begehen würde.

- um ihn von der Flucht abzuhalten.

Letztere Begründungen sind unsinnig, denn Rolands angebliche Einbrüche liegen mehr als ein Jahr zurück (der angebliche Billa-Einbruch müßte sich nach der Aussage der Oma ja von selbst erledigt haben) in denen er nicht 'rückfällig' geworden war. Und geflüchtet war Roland schließlich vor dem Bundesheer, und nicht vor dem Gericht. Vor dem Bundesheer braucht er aber nicht mehr zu flüchten.....usw.

Roland sitzt jetzt weiter; zumindest bis zur nächsten Hauptverhandlung am 18. Juli (der 'frühe' Termin wurde als großes großes Entgegenkommen des Richters verkauft). Mit 'Rechtsstaatlichkeit' oder den Paragraphen der Strafprozeßordnung hat das

natürlich nix zu tun, aber deren Auslegung ist eben Sache des Gerichts, nicht unsere.

Wir denken, daß Rolands Behandlung durch Polizei, Militär und Justiz kein Einzelfall ist. Wir glauben, daß das täglich mit Menschen passiert, die ihre 'Rechte' nicht kennen, keinen Kontakt nach außen und kein Geld für einen Anwalt haben.

Wir wissen auch nicht, was wir im konkreten Fall tun können. Aber zumindest wollen wir alle, die sich links, antimilitaristisch oder sonstwie mit einer fortschrittlichen Etikette bezeichnen lassen wollen, mit Roland — quasi stellvertretend für die Realität — konfrontieren.

**Er geht uns alle etwas an!**

*Schreibt ihm:*

*Roland Kietreiber*

*Landesgerichtliches Gefangenenhaus*

*Linz*

*Museumsstr.10*

*A-4020 Linz*

Überlegt euch was dazu! Kitten wir die Spaltung zwischen angeblich politischen AktivistInnen und 'sozialen Randgruppen'! Keine Trennung in 'politische' und 'soziale' Gefangene!

**Eine Politik, die nix mit den Menschen zu tun hat ist nichts als eine Beschäftigungstherapie.....und mit Beschäftigungstherapie verändern wir ganz sicher gar nix! ●**

# BekannterInnenbrief vom militanten Zerstörungskomitee A4 (MZA)

Wenn es schon einen Zerstörungsminister (Schüssel) gibt, dann darf es wohl auch ein (MZA) geben. Wenn Baufahrzeuge die Pandorfer Heide zerstören dürfen, dann entspricht es einer gewissen Logik, daß wir die Baufahrzeuge zerstören dürfen. So geschehen am Sonntag den 26.5.91. auf der Trassenführung der Ostautobahn. Es ist schon ein herrliches Gefühl, wenn Mensch auf einen Caterpillar steigt und Schraube für Schraube löst. Wenn Hydraulikkabeln durchtrennt werden, Benzinkanister nicht in den Tank, sondern ins Führerhaus geschüttet werden. Es stehen, besser gesagt "standen" auch viele Vermessungslatten herum. Wir haben die A4 halt nur NEU vermessen. Auf jeden Fall sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Also Leute, falls ihr mal nach Parndorf kommt ... siehe oben.

Ganz bestimmt gar keine Ostautobahn nicht, nie und nimmer, schon gar nicht, kann nicht sein.  
Viel Kraft und Liebe MZA.

## Aufruf für zahlreiches Erscheinen zum Prozeß gegen einen A4 Besetzer.

WANN: Fr. 7.6. um 9.45  
WO: 8) Landesgericht, Franchkplatz 1, 2.Stock, Zimmer 2034  
MOTTO: Keinen Meter mehr für Straßenbau und Militär!

M. wird 'Widerstand gegen die Staatsgewalt' vorgeworfen. Er wurde im Juni '90 bei der ersten A4 Besetzung von einem Kran runtergeholt, wobei er angeblich Obiges verbrochen haben soll.

## 50. Radldemo am 31.5.91

### Ladungsbescheid:

Es wird Ihnen zur Last gelegt, folgende Verwaltungsübertretung begangen zu wollen:

Tat (einschließlich Ort, Datum und Zeit der Begehung)

- Sie wurden am 14. Juni 1991 um 11<sup>00</sup> s.t.
- durch das Abstellen Ihres Fahrrades sowie
- des Versammelns rund um den Donnerbrunnen - die Parkplätze Autofrei halten. → Parkplatzbefreiung

- Es ist notwendig, daß Sie hierzu persönlich am Brunnen erscheinen
- Falls es Ihnen nicht möglich sein sollte persönlich zu erscheinen, können Sie auch zwei oder mehrere Bevollmächtigte entsenden
- Es steht Ihnen auch frei gemeinsam mit Ihnen (besser Ihnen)

Vertreter/n zu erscheinen

Datum	Zeit	Strafe / Strafe / Zinswert
Fr, 14.6.1991	11 <sup>00</sup> Uhr	Donnerbrunnen Neu Markt

P.S. An alle die es nicht kopiert haben:

3. Parkplatzbesetzung

am 14. Juni 91 ab 11<sup>00</sup>

Donnerbrunnen  
Garantiert lustig - findet statt auch bei Regen  
Prädikal besonders wertvoll

Bis dann



Ca. 100 Leute fanden sich auf dem Ratloshausplatz ein. Dann fuhr wir kreuz und quer auf der 2er Linie zwischen Alserstraße und Messpalast hin und her, was die Bullen schon einigermaßen verwirrte.

Wir teilten uns in 3 Gruppen, von denen eine zum Ring fuhr — die Bullen fuhr nur dieser Gruppe nach — die anderen fuhr auf der 2er Linie weiter Richtung Heumarkt, wo unerklärlicherweise ein Auto "entheckschiebt" wurde. Folgendes ereignete sich dabei: Ein Autofahrer drängte in die RadfahrInnen/ermenege worauf einE unbekanntER Rad-

fahrin/er den Autolenker darauf hinweisen wollte, daß es hier kein Vorbeikommen gäbe, und zwar klopfte sie/er mal kurz auf die Heckscheibe des Autos. Die Heckscheibe zerbrach komplett, der Fahrer beging "Fahrerflucht".

Weiter gings dann zum Praterstern (wieder alle zusammen), wo wir noch einige Runden drehten. Den Abschluß bildete eine verdiente Pause in den Praterauen. ●

## HETZENDORF - WAS NUN ? ENDE DES WIDERSTANDES ?

9 Wochen sind nun seit der ersten Besetzung des Grundstückes in Hetzendorf (WIEN 12) vergangen — Zeit Bilanz zu ziehen; was wurde erreicht?

Bauherrn genötigt (um des lieben "Frieden" willen) Zugeständnisse zu machen, nämlich: laut Zusage des Baukoordinationsrates Dr. Reich wird der noch verbliebene Teil des Geländes, nicht wie geplant zu einer Sportstätte umgebaut sondern wird den SchülerInnen zur Gestaltung überlassen, welche für die Beibehaltung des derzeitigen Zustandes eintreten, — weiters soll dieser Grünteil auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das klingt zwar alles ganz nett, doch trotz zweier Schwerverletzter und über 20 Festnahmen wurde das Ziel, — den Bau zu verhindern, wurde jedoch nicht erreicht; und das nur aus einem einzigen Grund: die zahlenmäßige Schwäche der AktivistInnen.

Also Leute, das nächste Mal, (und das könnte recht bald sein — Maurer Lange Gasse — Körnerschloß!) nix wie hin!

KEINEN METER FÜR GEMEINDE & BAUMAFIA !!

ZERSCHLAGEN WIR IHRE STRUKTUREN !!! ●

## Kläger = Richter

(TATblatt Innsbruck)

Nachdem in verschiedensten Bezirken Österreichs Strafverfügungen wegen der gebergten Blockierpanzer verschickt wurden, sind diese nun auch in der Stadt Innsbruck in die Wohnungen geflattert. Wie heißt es — alles ist möglich: Die Höhe der Strafen belaufen sich pro Verwaltungsübertretung zwischen S 300,- (Bundespolizei, Salzburg Stadt) bis 3000,- (B-Polizei, Graz-Land). In Innsbruck wurden "Nicht-Arbeitende" (z.B. Studenten — haha) zu Strafen zu je S 1.000 verdonnert, "Arbeitende" zu je S 2.000 — oder (für beide Gruppen) 50 Stunden Ersatzarreststrafe. Der Gleichheitsgrundsatz findet darin seine Entsprechung, daß der Kläger (ein Polizeijurist) gleich der Richter (der selbe Polizeijurist) ist. Also, besorgt euch das nächste mal eine polizeiliche Meldeadresse in Salzburg, bevor ihre Panzerberge blockiert.

PS: Wer noch Fragen an den Innsbrucker Polizeijuristen hat, hier seine Telefonnummer: 0512/44584). ●

(TATblatt-Wien)

Es ist den AktivistInnen unter großem persönlichem Einsatz gelungen die Bauarbeiten zu behindern und zu verzögern (was nicht zuletzt auch Verdienst der SchülerInnen der nahegelegenen Hauptschule war). Darüberhinaus wurden die Menschen, die dort wohnen, über die Direkte Aktion der BesetzerInnen (und die vielen "grünen Jungs" die sich seltsamerweise immer von sowas angezogen fühlen) gezwungen, sich mit diesem Thema, dieser Konfliktsituation auseinanderzusetzen.

Auch jene die in den diversen Rat(los)häusern sitzen, haben nun geschallt, daß sie ohne Bauzaun, Bewachungsfirmen und Bullenheer, ihre Menschen, — und Umweltverachtende Politik nicht mehr durchziehen können.

Der vielleicht wichtigste Erfolg der bisherigen Aktionen ist die (zugesagte) Erhaltung des hinteren Teils des umstrittenen Grundstückes. Durch den anhaltenden Druck der BesetzerInnen sahen sich die

# Türkei: Neues Anti-Terror-Gesetz:

## (Fortsetzung von Seite 1)

(TATblatt-Wien)

Das Terror-Bekämpfungsgesetz, das die Nummer 3173 trägt, wurde auf Weisung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) von der Regierung ausgearbeitet. Am 10. April 91 wurde der Gesetzesentwurf der Öffentlichkeit vorgelegt und 2 Tage später vom Parlament verabschiedet.

Das Terror-Bekämpfungsgesetz löst einige Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches ab, die bis jetzt die Grundlage zur Verfolgung/Kriminalisierung oppositioneller Gruppierungen bildeten.

Die Basis des Gesetzes Nr. 3173 ist die weitreichende Definition von Terror. Es ist aufgrund dieser Definition jederzeit möglich Organisationen als terroristisch einzustufen. Um als terroristisch eingestuft werden zu können, ist es nicht nötig, daß diese Organisation

bewaffnete Aktionen durchführen. Ist eine Organisation einmal als terroristisch eingestuft, gelten alle Mitglieder dieser Organisation als Terror-Straftäter, egal ob sie sich an Aktionen dieser Organisation beteiligten oder nicht.

Personen, die Aktivitäten "terroristischer" Organisationen "leiten", können zu schweren Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren verurteilt werden. Für Organisationsmitgliedschaft sind 3 Jahre Haftstrafe vorgesehen.

Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften etc., die "terroristischen" Organisationen helfen (z.B. Räumlichkeiten zur Verfügung

stellen, finanzielle Unterstützung...), werden geschlossen und ihr Besitz beschlagnahmt.

Weiters besagt 6 des Gesetzes, daß diejenigen Personen mit schweren Geldstrafen zu belegen sind, die "...Erklärungen abgeben oder Veröffentlichungen publizieren, in de-



nen Straftaten der Terror-Organisationen gegen Personen angekündigt werden oder Personalien von öffentlichen Bediensteten, welche bei der Bekämpfung des Terrors mitgewirkt haben, veröffentlichen oder diese dadurch zur Zielscheibe erklären..." und weiters "Diejenigen, die die Flugblätter und Erklärungen von Terror-Organisationen drucken oder veröffentlichen..."

Durch den 7 des Terror-Bekämpfungsgesetzes wird ein Teil der Strafen, die bis jetzt in den Paragraphen 141 und 142 festgesetzt waren, verschärfend von neuem angeordnet. Dieser Paragraph sieht für Personen, die eine Organisation gebildet und ge-

leitet haben, schwere Haftstrafen von 5 bis 10 Jahren vor. Die Höchstgrenze der Strafen kann vom Richter bis zu 36 Jahren erweitert werden. Wer der Organisation geholfen hat, für sie Propaganda gemacht hat, wird zu Haftstrafen zwischen 1 und 5 Jahren verurteilt.

Das Gesetz Nr. 3173 sieht auch für Personen, die bei der Festnahme von "terroristischen Straftätern" behilflich waren, finanzielle Belohnungen so wie jeden gewünschten Schutz vor Verfolgung vor. Dieser Schutz umfaßt Veränderung des Aussehens sowie eine neue Identität durch Austausch von Personalausweis, Führerschein, Diplome etc.. Diesen Schutz können auch alle Staatsbediensteten (Polizisten, Richter, Armeeangehörige...) in Anspruch nehmen. Was bedeutet, daß Personen, die Festgenommene bzw. Inhaftierte foltern, den uneingeschränkten Schutz des Staates genießen.

### Die Lüge vom Amnestiegesetz

Eine propagandistische Aussage der türkischen Regierung hinsichtlich dieses Gesetzes besteht darin, daß dieses Gesetz angeblich ein Amnestiegesetz wäre.

Abschnitt 5 des Gesetzes trägt die Überschrift "Vorübergehende Bestimmungen". Die ersten 5 dieser Bestimmungen betreffen die Aufschiebung und Aussetzung von Strafen. Nach dem Gesetz sollen die Strafen für Personen, gegen die bis zum 8. April 1991 prozessiert wurde, zum Teil ausgesetzt werden. Das Gesetz sieht eine Art Entlassung mit Bedingungen vor. Personen, deren Strafen zum Teil ausgesetzt werden, sollen ihre Strafen ganz absitzen, wenn sie eine neue "Straftat" begehen.

Das neue Gesetz differenziert zwischen den Personen, die nach dem Militärputsch (12. September 1980) angeklagt und verurteilt wurden. Die erste Unterscheidung wird zwischen rechtsgerichteten und linken Gefangenen vorgenommen. Während alle rechtsgerichteten Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden, kann nur ein geringer Teil der linken Gefangenen die Strafaussetzung in Anspruch nehmen. Die zweite Unterscheidung, die das Gesetz vornimmt, wird zwischen linken Gefangenen gemacht. Personen, die der TKP (Türkische Kommunistische Partei), TIP (Arbeiterpartei der Türkei), TSIP (Türkische Sozialistische Arbeiterpartei) und vergleichbaren Organisationen angehören, werden freigelassen,

Nationalen Sicherheitsrat getroffen und erst danach an das Parlament verwiesen. Das Parlament ist mehr eine Institution, deren Aufgabe es ist, die von MGK gemachten "Vorschläge" in Gesetze umzuwandeln.

Fußnoten:

<sup>1</sup> Der Nationale Sicherheitsrat besteht aus Befehlshabern der Armee, Vertretern des Geheimdienstes MIT, dem Staatspräsidenten,

dem Regierungschef und aus einigen Ministern. Entscheidungen hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik, der gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung und anderer Probleme werden in der Türkei in erster Linie vom

# Italien: Die Justiz spricht frei, die Polizei räumt, die Faschisten killen

Die Angriffe der Faschisten auf die Centri Sociali in Italien, und die Räumungen, nehmen immer stärker zu.

(A.) In der Nacht zwischen dem 18. und dem 19. Mai wurde ein Brandanschlag auf das CS *Corto Circuito* ("Kurzschluß") in Rom gelegt. *Auro*, ein 16-jähriger Genosse, der dort schlief, verbrannte dabei.

Kurz darauf waren allerdings 14 besetzte CS in Rom mobilisiert.

Am 7. Mai war in *Battaglia Terme* (Provinz Padua) ein selbstverwaltetes Jugendzentrum angezündet und eingeäschert worden. Die gesamte Einrichtung wurde dabei zerstört. Dazu bekannte sich die *Falange Armata* ("Bewaffnete Falange"), die in Bologna bereits 3 Carabinieri, die vor einer AusländerInnenunterkunft ihren Wachtendienst versahen, hinterrücks und ohne Vorwarnung erschossen hatten, zwei Zigeuner umgebracht, Brandanschläge auf mehrere AusländerInnenwohnheime in Bologna und noch einige andere Aktionen durchgeführt hatte. Die Lokalpresse startete eine

Desinformationskampagne und behauptete, die Linken hätten selbst ihr eigenes Zentrum angezündet, um sich für eine vorangegangene Räumung, bei der die Eingangstür zugemauert worden war, zu rächen.

Es herrscht jetzt in den Centri Sociali ein allgemeines Klima der Einschüchterung. Dies betrifft bereits auch die großen Städte, wie Mailand und Bologna, wo telefonische Drohungen, anonyme Briefe, ja direkte Drohungen seitens der "Ordnungskräfte", und anderer Individuen, einlangen, die ganz offensichtlich in Abstimmung mit den verschiedenen Polizeicorps agieren. Das politische Subjekt der fundamentalen Opposition soll zum Schweigen gebracht werden!

Eine zweite Republik ist im Entstehen, so schreiben die AutorInnen des unten genannten Flugblatts, und zwar durch den Einsatz einer neuen Art von fein dosierten und weit verbreiteten staatlichen Mordaktionen (*nuovo stragismo diffuso*).

Der faschistische Anschlag auf das CS in *Battaglia Terme* erfolgte nur 4 Tage nach einem Freispruch von 16 BesetzerInnen; einer der Polizeioberschaklin hatte sich in völlig heilloser Widersprüche verwickelt, so daß es selbst der Justiz zuviel wurde.

Quellen:  
Flugblatt des *Centro di Comunicazione Antagonista*. Bologna; Infotax/Radio Sherwood •

Fortsetzung von Seite 10

weil die Paragraphen 141 und 142, wegen deren Verletzung sie verurteilt waren, aufgehoben sind. Linke Gefangene, die wegen der Verletzung der Paragraphen 125 und 146 verurteilt wurden (diese betreffen z.B. die Angeklagten aus PKK-, Devrimci Yol- und Devrimci Sol-Prozessen), werden nicht freigelassen, da diese Paragraphen weiter verschärft und in das neue "Anti-Terrorgesetz" aufgenommen wurden.

Bevor diese Gesetz in Kraft trat, gab es in der Türkei 3300 politische Gefangene, unter ihnen 400 rechtsgerichtete und 2900 linke Gefangene. Mit diesem Gesetz wurden alle rechtsgerichteten Gefangenen freigelassen, während von linken Gefangenen nur 250-300 auf freien Fuß gesetzt wurden.

#### Quellen:

Informationsmappe zum neuen "Anti-Terror-Gesetz" in der Türkei. Für DM 3,- ist diese Informationsmappe, die den Gesetzestext selbst und Einschätzungen und Meinungen von Juristen, Menschenrechtsorganisationen... beinhaltet, zu bestellen bei: Türkei Informationsbüro, Postfach 91 08 43, D-3000 Hannover 91; Bankverbindung: S. Hasselbring, Postgiroamt Hannover, Ktn.: 569725 - 304 / BLZ: 250 100 30

Das Foto zu diesem Beitrag sind aus "KLIRR — Zeitung für visuelle Scherben", die in Hamburg erscheint, entnommen. Klirr Nr. 3 vom November 1990 brachte "Ein kunstloser Ort", Fotos von Cahit Atan Turan aus dem türkischen Gefängnis Çanakkale. Cahit Atan Turan wurde 1978 als politischer Gefangener zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Fotos in der Klirr entstanden zwischen 1986 und 1989.

## Frankreich: Wieder Mord an Jugendlichem

Seit über einem Jahr brechen in den französischen EinwanderInnenvierteln an den Stadträndern der Großstädte immer wieder Unruhen aus. So im September letzten Jahres in Vaulx-en-Velin bei Lyon und im März '91 im Pariser Vorort Sartrouville, als ein Sicherheitsmann eines Supermarktes einen 18jährigen nordafrikanischer Abstammung grundlos erschoss.

(Tatblatt-Wien)

Etwa 100 Jugendliche verwickelten am Wochenende des 25./26. Mai Sondereinsatzkräfte der Polizei in Straßenschlachten

im Pariser Vorort Mantel-la-Jolie. In diesen beiden Nächten wurden 12 Personen verhaftet, darunter Aissa Ihich, ein 18-jähriger Franzose arabischer Abstammung. Am Montag verlautbarte die Polizei, daß Aissa Ihich während eines Gefangenentransportes einen Asthmaanfall erlitten hätte und kurz darauf gestorben wäre.

Erst am nächsten Tag wurde bekannt, daß die Beamten auf der Polizeistation mehrmals die Annahme von lebenswichtigen Medikamenten, die Verwandte von

Aissa Ihich abgeben wollten, verweigerten. Mehrere hundert SchulkollegInnen nahmen an einer Demonstration teil, die zur lokalen Polizeistation, wo Aissa Ihich getötet wurde, führte.

Nachdem sich auch die örtliche Sektion der Menschenrechtsliga den Vorwürfen der Angehörigen anschloß, war die offizielle

Behördendarstellung vom "Unglücksfall" nicht mehr glaubwürdig. Die neue Premierministerin Cresson forderte eine offizielle Untersuchung und bemerkte, daß Aissa Ihich "nicht die Medizin bekam, die er benötigt hätte".

Der vor kurzem angekündigte anti-Ghetto Plan soll schneller verwirklicht werden.... •



Polizei durch die Mordnacht

# englands erste kolonie (2. Teil)

## die protestantischen / loyalistischen organisationen im "protestant state"

Anmerkung: Unter dem Titel "englands erste kolonie" erschien im Tb minus 50 der erste Teil dieses Artikels über die Situation im von England besetzten Nordirland. Erläutert wurden die geschichtliche Entwicklung, die soziale Lage sowie die britischen Institutionen der Unterdrückung. Der vorliegende zweite Teil befaßt sich mit den politischen, paramilitärischen und terroristischen Gruppierungen der protestantischen/loyalistischen Bevölkerung. Zum besseren Verständnis sei aber noch einmal auf den ersten Teil verwiesen.

die protestantischen märsche mit mehreren spielmannszügen und dem union jack, ulster- & UVF fahnen, im gleichschritt, und dahinter die frauen, erinnern an w.v.oranien<sup>19</sup> und die "lehrlinge von derry"<sup>20</sup>, und demonstrieren die protestantische überlegenheit.

es gibt praktisch keine protestantische geschichtsschreibung, die die entwicklung der unionisten darstellt. kritische reflexion ist nicht gefragt, sonst würde offensichtlich, daß die protestantischen siedler nicht nach irland kamen, um den glauben zu verbreiten, sondern um irland an england zu halten (plantation), und daß die ureinwohnerInnen millionenfach getötet, ihrer sprache, kultur und des landes beraubt wurden.

die verzahnung der "nord-irischen" unsicherheitskräfte mit den paramilitärs ist sehr eng.

seit august 1969 haben UVF und UDA, red hand commands (die rote hand ist teil des wappens von ulster) und andere loyalistische gruppierungen ca. 500 katholische zivilisten ermordet - davon aber nur un-

gefähr 20 IRA-leute (stand sommer 1989). für sie ist die polizei natürlich ihre polizei, die britischen truppen verteidigen ihr "nord-irland". die konfession ist zentrales kriterium.

1970 brannten loyalisten ganze katholische straßenzüge ab.

zwischen 1969 und 1983 mußten 40.000 katholische familien ihre häuser verlassen, wegen morddrohungen und brandstiftungen.

im UVF-magazin "combat" hieß es, daß es keine wesentlichen moralischen unterschiede zwischen offizieller regierungshandlung und loyalistischen aktionen gegen terrorismus und subversion gibt.

1971 als die internierung republikanischer verdächtiger angeordnet wurde, und der nationalistische widerstand erstarkte, riefen die loyalisten in einem flugi zur bewaffnung auf, weil sie ihren staat bedroht sahen. die britische regierung ließ die loyalisten nur in ruhe, um nicht in einen 2-fronten-krieg verwickelt zu werden.

die UVF und UDA entwickelten sich schnell zu kriminellen organisationen mit verbindung zur unterwelt und kontinentalen faschistengruppen. 1989: die UDA, UVF und ein "ulster resistance movement" boten dem südafrikanischen geheimdienst militärintformationen aus der raketen-technologie, dafür soll-

ten sie waffen erhalten.

zwischen UVF und UDA gibt es seit beginn einen harten konkurrenzkampf. die UDA sei schwächlich, die UVF dafür mit bullen durchsetzt, werfen sie sich gegenseitig vor. tyrie (UDA) meint, daß die UVF von spitzeln unterwandert ist, und sieht sich als

general, paisley (DUP) aber nur als politiker, der seinen job nach dem krieg behalten will.

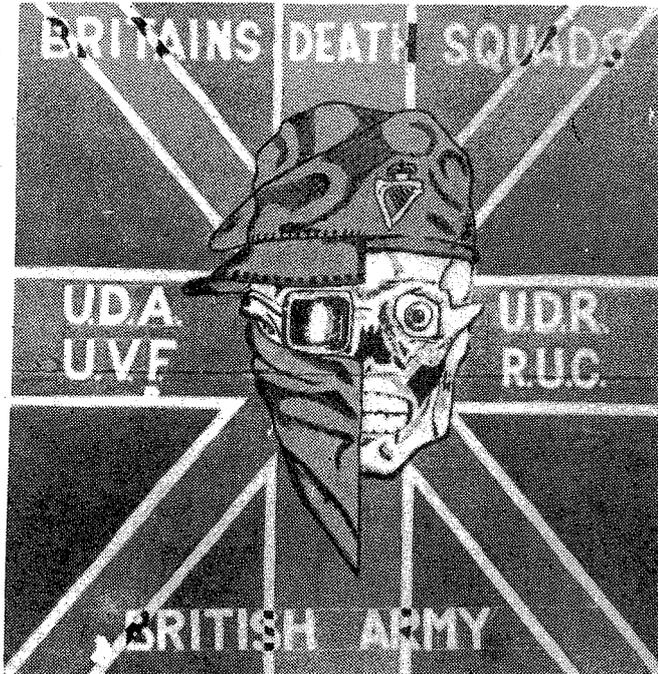
das brutale vorgehen haben sie gemeinsam - vor der ermordung gibt es oft vergewaltigungen, folterungen, gliedmaßenzerstückelung, ausbrechen der zäh-

ne,....diese brutalität hat methode: einschüchterung; geschäftsleute, von denen schutzgeld erpreßt wird, werden damit gewarnt, die konkurrenz wird sich vom hals gehalten; die protestantische bevölkerung in reih und glied gebracht. annancen in loyalistischen zeitungsen berichten über menschen, die gegen den protestantischen verhaltenskodex verstoßen.

solche tips kommen auch manchmal direkt von der britischen regierung, wie im fall des rechtsanwalts finucane, der loyalistische wie republikanische menschen vor gericht vertrat, und G.B. vor den europäischen gerichtshof für menschenrechte bringen wollte - wegen interviewverbot für sinn fein. er wurde am 12.2.89 von der UVF erschossen. am 14.2.89 erschossen UVF-leute einen sinn fein abgeordneten, offensichtlich mit britischer unterstützung.

in den protestantischen vierteln gibt es graffiti wie: "gibraltar: SAS- IRA 3:0" oder "paras 13 - bogside 0; we've got one, we've got two, we've got thirteen more than you".

in den protestantischen bars hängen bilder der kings and queens, RUC oder UDF und parolen wie: "remember 1690 - no surrender". (w.v.oranien). sie werden fast nur von männern besucht, nur samstags kommen die frauen mit. am sonntag sind viele



### Neue TATblatt-T-Shirts! KEINEN METER MEHR!

Rechtzeitig zum Sommer und diversen Radldemos gibt's jetzt das TATblatt-Pickerlmotiv "STOPP DEM AUTOTERROR" (in leicht abgeänderter Form) auch auf T-Shirt.

KEINEN METER MEHR!



STOPP DEM AUTO-TERROR

TATblatt



In den Größen M, L, XL, und XXL.

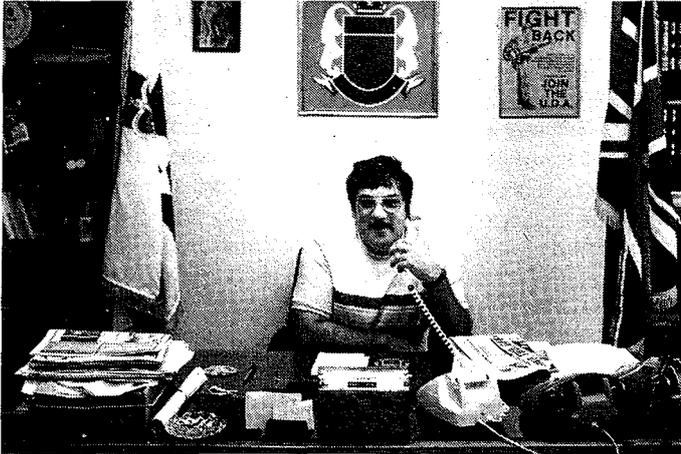
Um 65 100.-

Einfach mit Erlagschein einzahlen, dann bekommt ihr das T-Shirt zugeschickt.

Konto: PSK 7.547.212, Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

beisln zu, weil des herrn gedacht wird.

**fc liverpool:** in den 6 counties existieren 13 liverpool unterstützungsclubs - nur für protestanten - da ihn die meisten fälschlicherweise für einen protestantischen fußballklub ansehen. bis anfang der 70er jahre konnte noch der protestantische fußballklub - der einzige von bedeutung - linfield die protestantischen herzen höher schlagen



Andy Tyrrie (UDA)

lassen, als sie noch tabellenführer und champion waren. nach jedem heimspiel zogen die fans durch die katholisch/nationalistischen ghettos um zu zeigen wer meister ist.

### oranien order

er ist die vereinigung der reaktionärsten loyalisten "nordirlands".

der orange order ist in ca. 1.500 lodges unterteilt. der 12. juli 1690, an dem der protestantische wilhelm von oranien - daher der name - die katholikInnen besiegte, wird von ihnen jährlich gefeiert.

der orange order entstand 1795 als geheime, bäuerliche gesellschaft, die durch aktionen versuchte die katholischen kleinbau/äuerInnen, die nur mehr 5% des landes besaßen, von der landvergabe abzuschrecken. dann wurde der orden von den protestantischen großbauern instrumentalisiert, als säule der britisch-protestantischen herrschaft. die erste UVF und die freizeitpolizei (special constabulary (b-specials<sup>21</sup>)) rekrutierte viele mitglieder aus dem orden. der orden gewann zugang zu den höchsten staatlichen kreisen, und war die protestantische organisation schlechthin.

in den rein protestantischen orden wurde mann hineingeboren, frauen sind bis heute ausgeschlossen und dürfen bei den aufmärschen nicht mitgehen. in den wenigen "ladies orange associations" dürfen sie geld sammeln.

den armen protestanten vermittelte der orden zugehörigkeit zur macht, stärkte sektiererische gefühle, sicherte den mitgliedern arbeitsplätze und garantierte wohnungen. der orden ist vorwiegend eine soziale organisation: es wird gesungen, gebetet und märsche vorbereitet. der klassenübergreifende orden bietet den unterschichten zwar nur marginale ökonomische vorteile (die

protestantischen prolos bekommen eher einen job als die katholischen, auch wenn sie sonst ökonomisch nicht viel besser als die katholikInnen dastehen), aber das gefühl, dazugehören, und an der protestantischen herrschaft zu partizipieren. das blockiert im vorhinein die bildung eines klassenbewußtseins - deshalb hat die nationale frage bei den katholikInnen/nationalistInnen

oft mehr gewicht als die klassenfrage.

seit einigen jahren ist die mitgliedschaft im orden nicht mehr voraussetzung für eine politische karriere. durch den zusammenbruch des unionistischen einparteienregimes<sup>22</sup> und der bildung konkurrierender gruppen (z.b. UDA) und pa-

ramilitärischer organisationen (UVF, UVF,...), hat der orden nicht mehr seine ursprüngliche bedeutung.

### UDA -

#### ulster defense association

die UDA ist die größte loyalistische paramilitärische organisation in den 6 counties (ca. 60.000 mitglieder nach eigenen angaben). die UDA ist eine streng hierarchisch aufgebaute organisation.

die UDA entstand 1971 aus mehreren kleineren "verteidigungs"gruppen. sie tritt bei anschlägen als UPF oder UVF auf. sie war hauptverantwortlich für die attentatserie an fast ausschließlich katholischen zivilistInnen zwischen 1972 und 1975.

die britische regierung hat bis jetzt keinen grund gesehen, die UDA zu verbieten, da die UDA zahlreiche verbindungen zu den "sicherheits"kräften unterhält; das würde darauf hinauslaufen, daß die britische regierung einen teil der "sicherheits"kräfte für illegal erklären mußte.

andy tyrie, chef der UDA, nennt sich selbst "illoyaler loyalist", "rebell der königin" und ist eigentlich ein "linker", der sich um die armen, arbeiter und arbeitslosen

kümmere. er erklärt, daß sie sich gegen alle verteidigen müssen: gegen die IRA (die eine sozialistische republik will), die irische regierung (will sie einsacken), die konservativen unionisten (die sie verachten) und die eigenen politiker (die sie benutzen wollen). paisleys DUP stehe im moment der UDA recht nahe, aber es wird oft gestritten.

tyrie verkörpert den protestantischen arbeiter, der sich gegen alle verteidigen muß, und den die englische regierung verraten hat, weil sie die normalität ("normalisation") herstellen wollte - um die größten benachteiligungen der katholikInnen teilweise für die weltöffentlichkeit zu beseitigen. sie fühlen sich zur englischen krone hingezogen, um ihr arpatheidsregime aufrechtzuerhalten und aufgrund der ökonomischen abhängigkeit "nord-irlands". obwohl G.B. die "nord-irische" kolonie am stärksten vernachlässigt, wehen in den protestantischen armenviertel belfasts die britischen fahnen.

tyrie bezieht den guten ruf der UDA aus dem generalstreik von 1974, bei dem es um die verhinderung eines kleinen mitspracherechts der katholischen kollegInnen ging, und gegen das sunningdale abkommen<sup>23</sup>. der "ulster workers council", in dessen vorstand tyrie saß, hat sich durchgesetzt, und wird deshalb seither von ihm höher als der orange order gehalten.

- die UDA hat viele RUC und UDR leute in ihrer reihe, weshalb tyrie in den letzten jahren von haftstrafen verschont blieb: z.b. als die RUC in seinem büro waffen fand (bobby sands<sup>24</sup> wurde wegen einer waffe zu 14 jahren verurteilt!). -(entnom-



Training in einem UDA-Lager

men aus einem interview von 1986)

der "basisverbundene" tyrie (selbstdarstellung) wurde 1987 unfeierlich entmacht, weil er gelder der UDA unterschlagen hatte, und politisch nicht mehr zuverlässig war. tyrie lebt mittlerweile in einer vorortvilla. das neue führungskollektiv gibt keine interviews mehr.

in ihrer ca. 40-seiten dicken zeitschrift "ulster" schreiben sie geschichtsfälschungen, um die argumentationslücken zu schließen, z.b., daß die country und western

musik eigentlich aus "ulster" komme ( der name der anhängen von william von oranien, die "billy boys" mutierten zu "hill bil-lies"), für den trikont bieten sie "lösungen" an wie z.b.: obwohl die schwarzen hungern und sterben haben sie für sex immer noch genug energie...statt sie mit millionenspenden zu immer größeren familien zu ermutigen, wäre ein chirurgischer schnitt effektiver und billiger". außerdem veröffentlichen sie in kurzmeldungen adressen und autonymern haftentlassener IRA-gefangener,...

hese dunn, pressesprecherin der UDA, vorsitzende der frauenorganisation und ulsterredakteurin, bittet thatcher, das elend der bäuerinnen zu sehen, und lobt AI - weil sie thatcher kritisieren (die feindin der feindin ist die freundin). auch tyrie wettet gegen die britischen politiker ( z.b. wenn die RUC gegen loyalisten vorgeht ) und verurteilte den einsatz von plastic bullets, als der erste loyalist (1986) damit getötet wurde.

"ulster" lobt die UVF für die eliminierung mehrerer dutzend republikanischer aktivisten.

1972 errichteten die loyalisten sperrbezirke nach katholisch/nationalistischem vorbild. die armee griff ein, und es kam zu einer kurzen auseinandersetzung. seither patrouillieren UDA und UDR gemeinsam in den protestantischen vierteln.

die UDA-führer erhielten seit 1972 problemlos waffenscheine. 1972 starben rund 100 katholiken, die in protestantischen vierteln lebten.

1972 verweigerte die britische armee katholischen familien den einzug in die ihnen zugewiesenen häuser, weil die UDA dagegen protestierte.

1987/88 intensivierte die UDA ihre kampagne gegen zivile katholiken.

#### auszug aus einem interview mit 2 UDA trainern:

*die UDA-ausbildung ist die beste ganz "nord-irlands" und legal. das training ist härter als bei der armee. die trainingslager der UDA seien der stolz der protestantischen gemeinschaften. disziplin und gehorsam nehmen einen hohen stellenwert ein.*

16 wochen ausbildungsprogramm für den endkampf: drill & parade, erste hilfe, kartenkunde, funkübungen, patrouillengänge, tarnen, kampftaktiken, armbrustschießen, schießen,...

frauen nehmen in der männerdominierten UDA nur untergeordnete positionen ein: hilfstrupps die verwundete pflegen oder in massagesalons geld für die UDA beschaffen.

#### unterorganisationen:

**LPA** (loyalist prisoner aid): unterstützt die wachsende zahl der loyalistischen gefangenen, ohne regierungsgelder zu erhalten. sie meinen, daß sie eigentlich der staat unterstützen müßte, den sie ja verteidigen.

**UFF** und **PAF**, todesschwadronen der UDA.

**UDF** (ulster defense force): 1982 ge-

gründet; wird für den fall der fälle bereitgehalten.

### UVF - ulster volunteer force

die erste UVF existierte zwischen 1913 und 1922, die zweite, die neue UVF gibt es wieder seit 1966, und ging aus der UPA (protestantische bürgerwehr, siehe auch unten) hervor.

sie feuerten im märz '66 auf die haustüre eines rechten parlamentariers - es sollte nach einem IRA-angriff aussehen. am nächsten tag schossen sie aus einer loyalistischen demo heraus, auf einen (fälschlicherweise) protestantischen laden. im april schleuderte ein UVF-kommando eine benzinbombe in richtung einer katholischen bar, traf aber das nebenhaus: eine alte protestantin starb. captain william johnston, stabschef der UVF, schrieb an die belfaster zeitung: "sie erklären den krieg gegen die IRA und ihre splittergruppen. bekannte IRA-leute werden gnadenlos liquidiert, ...sie werden keine einmischung - von welcher seite auch immer - tolerieren, und warnen die behörden vor weiteren beschwichtigenden reden. die UVF sind schwerbewaffnete protestanten."

eine bekannte UVF einheit beschloß, den bekannten republikaner leo martin zu liquidieren. da sie ihn nicht fanden, erschossen sie einfach einen mann, der irische rebellenlieder sang, und zufällig vorbeikam.

ende juli zogen UVF-leute durch beisein und landeten schließlich in der "malvern arms" bar. dort schossen sie einen kellner nieder und verletz-

ten zwei weitere, als sie die bar verließen; für die UVF mußten die 4 von der IRA sein - die zur zeit faktisch nicht existierte - da sie mit süd-irischen akzent redeten. monate davor wurde die UVF mit waffen und sprengstoff von den B-specials und ian paisleys (DUP) rechter hand versorgt.

"malvern arms" versetzte die unioni-

stisch/protestantischen politiker in helle aufregung. paisley distanzierte sich vom attentat und kritisierte gleichzeitig die liberalen tendenzen des premierministers o'neill, und das er die UVF rechtzeitig verbieten hätte müssen, was dieser daraufhin machte. spence (UVF-mitbegründer) und die drei anderen attentäter wurden zu "mindestens 20 jahren" verurteilt.

1984 sagte spence, das er glaubte, daß sich die politiker hinter die aktion ("malvern arms") stellen würden. heute leistet er ideologische aufklärungsarbeit, um die mordcampagnen historisch rechtfertigen.

die UVF hält an der von spence eingeschlagenen operationsstrategie fest:

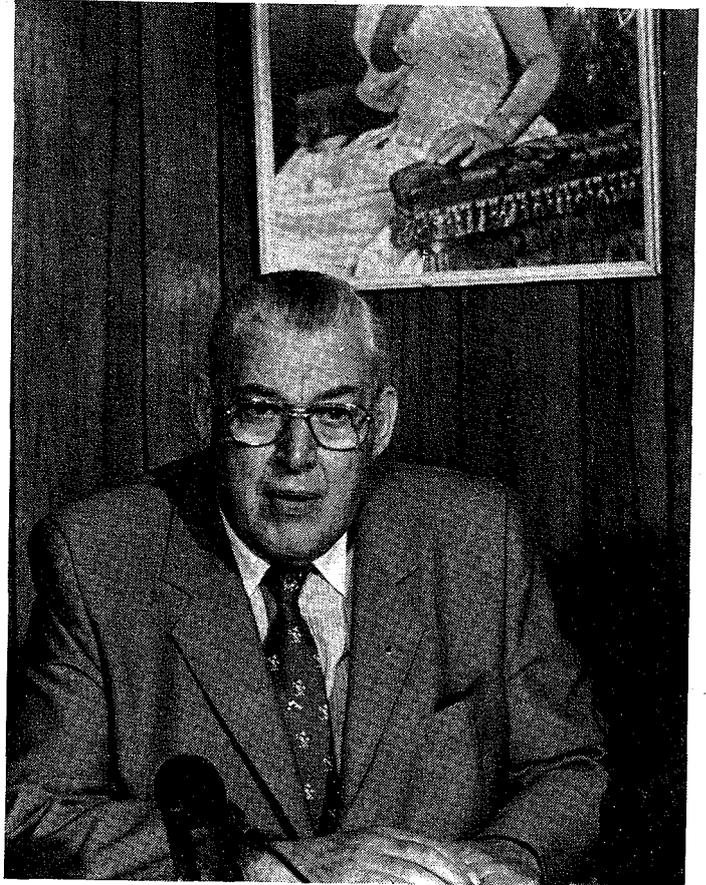
a) jedeR katholikIn ist IRA — mitglied oder — sympathisantIn

b) wenn das anvisierte ziel nicht antreffbar ist, ist jedes andere auch recht.

c) verräter auf protestantischer seite werden hart bestraft<sup>25</sup>

d) keinem unionistischen politiker ist zu trauen, nicht einmal paisley.

zu c): trotz des todes des RUC-lers<sup>(25)</sup> 1969 unterstützen immer mehr RUC-ler und UDR-ler die UVF mit waffen, infos



Ian Paisley

und personen.

nach 1971 konnte die UVF und die neugegründete UDA ungehindert wüten.

die "shankill schlächter", eine UVF-bande, hatte beste kontakte zu UDR. einer ihrer führer rühmte sich, zwischen november 75 und märz 77, 19 katholische personen aufgeschlitzt zu haben - er wurde 1982

von der IRA exekutiert.

## IAN PAISLEY

### a) die freie presbyterianische kirche

es ist die kirche paisleys, welcher gegen die IRA predigte, als sie noch nicht wieder existierte. in diese kirche geht die presbyterianische mittelklasse ( die bibel verbietet den presbyterianischen frauen hosen zu tragen, und sie müssen mit den männern enthaltsamkeit pflegen ). die gesamte mittellklasse darf weder in kinos noch theater gehen, und nicht rauchen und trinken. für sie ist eire (replikanisches irland) der reinste sündenpfuhl, obwohl die protestanten "nord-irlands" anti-liberaler sind, als ihre gegenspieler im von der katholischen kirche dominierten eire.

in den 6 counties stimmten alle parteien die im englischen unterhaus vertreten waren außer sinn fein, für eine verschärfung des abtreibungsparagrafen.

paisley führte unter der parole "ulster against sodomy"<sup>x</sup> eine jahrelange kampagne gegen homosexualität. (Anm. Tb.: "sodomy" steht nach Langenscheidt im Englischen für "widernatürliche Unzucht".)

paisley ist vorsitzender der DUP, allein herrscher der "free presbyterian church", mitglied des londoner unterhauses und des europa parlaments.

er spricht seit jahrzehnten über die bedrohung des auserwählten volkes, wittert überall gefahr, verrat und ausverkauf, und drohte den bürgerkrieg öfters an, ohne ihn je tatsächlich auszurufen.

1951 gründete er die "free presbyterian church of ulster", die weit strikter an jedes wort in der bibel glaubt, als alle anderen freikirchen in den 6 counties.

er pflegte schon 1951 enge verbindungen zu rechtsextremen fundamentalisten in den USA.

freie presbyterianische kirche: vor allem bauern und bäuerinnen, gewerbetreibende, händler, geschäftsleute und kleinunternehmer.

paisley nutzte die tiefsitzende furcht der protestanten und förderte ihre paranoia.

bezahlte Anzeige:

seine kirche vermeidet jeden kontakt zu kirchen, die mit dem weltkirchenrat und dessen ökumenischen tendenzen zu tun haben. die ca. 59 gemeinde starke Free presbyterian church ist religiös und politisch zugleich aktiv. sie seien das auserwählte volk, und paisley betont das protestantische wie kein anderer.

### b) UPA

1956 gründet er die UPA (ulster protestant action), eine art bürgerwehr, die während der IRA grenzkampagne<sup>26</sup> bereitstand.

1959, bei einer UPA kundgebung, nannte paisley hausnummern von katholischen familien, woraufhin die menge hinzog und

später aktiver vertreter der faschistischen national front (NF).

### c) DUP

1971 gründet paisley die DUP, die im wesentlichen von freien presbyterianerInnen gebildet wurde. er predigte das aufhängen aller IRA-aktivistInnen, internierung aller verdächtigen subversiven republikanerInnen, verminung der inneririschen grenze, bombardierung dublins durch die royal air force und strafexpeditionen in die nationalistischen viertel. durch dieses programm spaltete sich die einstige monolithische unionistische partei in die OUP (official unionist party<sup>27</sup>) und DUP. die konservativeren gingen in die OUP, die reaktionäreren in die DUP.

die DUP ist stärker devolutionistisch<sup>28</sup> orientiert als die OUP, und diskutiert die unabhängigkeit "nord-irlands", d.h.: london soll den loyalistInnen mehr kompetenzen geben, bzw. rekonstruktion des alten "stormont-systems" (home rule).

paisley war nie der mann der harten loyalisten, die sich in paramilitärischen gruppen organisieren. seine vorsicht und häufigen distanzierungen kriedeten ihm viele an. seine gefolgschaft begrüßt zwar anti-katholische

morde, will aber selbst nichts damit zu tun haben.

er wettete gegen sunningdale aber hielt sich bei der direkten konfrontation gegen den britischen staat zurück.

paisley konnte nicht lange gleichzeitig rabbiater politiker für die prolos sein, die mehr über den bürgerkrieg hören wollten, und fundamentalistischer prediger für die mittelklasse — presbyterianerInnen, die mehr über ihre auserwähltheit erfahren wollten. deshalb galt die DUP in den arbeiterInnenvierteln ostbelfasts als zahnlose kirchenpartei, bis peter robinson auftauchte. robinson, der beste kontakte zu paramilitärs hat, und sich nicht von ihren aktionen distanziert, baute die DUP zu einer modernen schlagkräftigen partei aus, die auch eine anziehungskraft für die unterklassen hat/te.

robinson studierte 1982 die anti-palästinensischen unterdrückungsmaßnahmen in palästina. mit seiner mischung aus proleta-



steine warf bzw. parolen schrie. er war aber nicht dabei; er war schon auf dem heimweg. er predigt, den rest besorgen andere.

danach schuf paisley die "ulster protestant volunteers" und die "protestant unionists". seine kampagnen gegen die modernierer zersetzten die klassenübergreifende allianz der unionistischen partei, die 50 jahre in den 6 counties regierte. unter dem motto des privilegienabbaus mobilisierte er die armen menschen ostbelfasts.

paisleys UPV (ulster protestant volunteers) haben enge verbindungen zur UVF, die bis hin zur personalunion reichen.

1966 kam er wegen aufrühr vor gericht und mußte 3 monate ins gefängnis. seine anhänger protestierten vorm hefn; die polizei setzte wasserwerfer und tränengas ein. das unionistische establishment hatte die eigene arbeiterklasse nicht mehr unter kontrolle.

paisleys reverend, brian green, wurde

**Wir haben's geschafft! (Uff!)**

Seit Anfang des Jahres sitzt der papierTIGER auf seiner neuen Adresse und freut sich schon auf Dein Kommen. Damit Du recht bald kommst, hat er eine kleine Überraschung: Ein Notizbuch mit 200 Seiten. Gratis. Dieses Inserat ist Dein Gutschein.

**papierTIGER**

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

rischer härte, protestantischer bibelfestigkeit und sozialpolitischer gestik überflügelte die DUP ihre unionistische konkurrenz OUP in belfast.

robinson favorisiert mit der einseitigen

## UDR

trat 1970 anstelle der b-specials, und ist eine offizielle unionistentruppe. 7500 bewaffnete. sie ist schwerer bewaffnet als die b-specials. ursprünglich sollte die UDR interkonfessionell (also sowohl katholisch, wie protestantisch) sein. sie ist stark sektiererisch und hochgradig von loyalistischen paramilitärs infiltriert. sie versorgt die UDA und UVF mit waffen,... und ist die beliebteste "sicherheits"kraft der loyalisten. diese "sicherheits"kraft wird von der katholischen bevölkerung mehr abgelehnt, als die RUC und die britische armee.

unabhängigkeitserklärung der loyalistischen paramilitärs für ein protestantisches "nord-irland", wo die alten verhältnisse von vor 1972 wiederhergestellt werden, ohne londons oder dublins einmischung. auf die frage, ob er sich mit sinn féin zusammensetzen würde, antwortete er, daß sie sich nicht mit mördern und bombenlegern zusammensetzen würden.

seit hillsborough<sup>29</sup> sind die DUP und die paramilitärischen loyalisten in einem dilemma. paisley begriff, daß widerstand gegen

london nur die union mit schwächen würde. die einzige alternative zu verhandlungen mit der SDLP und dublin wäre eine "nordirische" unabhängigkeit nach rhodesischem vorbild<sup>30</sup>; das lehnt paisley aber im gegensatz zu robinson scharf ab.

1981 gründet paisley die "third force", die aber bald "third farce" genannt, und dann aufgelöst wird.

Fußnoten:

19) w.v.oranien: erschlug 1691 die irischen unabhängigkeitskämpferInnen. der tag wird noch heute als sieg der protestantInnen gegen die katholikInnen gefeiert, und zu ehren williams von oranien verwenden sie den namen für ihre organisation.

## RIC

1830-1922 irische polizei.  
vorwiegend irische katholen.

orange state: nach der machtausübung der loyalistischen protestanten.

20) lehrlinge von derry: = "apprentic boys": am 12. august 1689 verriegelten 13 lehrlinge die stadttore derrys vor der katholischen armee, und hielten sie, bis w.v.oranien die engländer und katholischen rebellInnen in der schlacht am boyne besiegte (1690).

21) b-specials: 1920 von der britischen verwaltung gegründet. bewaffnete freizeitpolizei, die durch die strassen patrouillieren und strassensperren errichten. sie rekrutierte sich aus der rein protestantischen UVF. sie wurden 1969 aufgelöst und durch die UDR ersetzt.

22) unionistische einheitspartei: sie regierte die 6 counties 50 jahre lang (1921-1971), dann über-

nahm england die direkte kontrolle (home rule).

23) sunningdale: 1973; katholikInnen wird 1/3 der regierungssitze zugesprochen und ein gesamtirischer rat mit beratenden charakter. 1974 vorallem durch die tories, britische armee und br. geheimdienst zu fall gebracht aber auch durch den widerstand von den protestanten.

24) bobby sands: republikaner; zum englischen unterhaus gewählt, während er in haft saß.

25) als 1969 die b-specials aufgelöst wurden, und die RUC den protestantischen aufruhr unter kontrolle bringen wollte, erschossen loyalisten einen protestantischen polizisten (siehe RUC) - der erste polizist, der sein leben im gegenwärtigen krieg ließ.

26) IRA grenzkampagne 1956-1962: seit 1922 führt die IRA grenzkampagnen durch, mit dem ziel, in der "republik" rekruten für den

bewaffneten befreiungskampf für den nord zu gewinnen. damit ist das überschreiten der grenze im nord verbunden, woher der name rührt. die IRA kämpfte auch gegen die teilung der insel.

27) OUP: sie ist größer als die abgespaltene DUP, unterhält engere beziehungen zu den britischen tories, und ist auf eine stärkere integration "nord-irlands" (an G.B.) ausgerichtet als die DUP. sie verzichtet mehr als die DUP auf loyalistische sonderrechte (eigene exekutive gewalt,...), um dafür mehr sicherheit durch england zu erlangen. sie lehnt das anglo-irische abkommen<sup>29</sup> ab, da dublin dadurch zu viel einfluß erlangen würde. sie ist eine mittelstandspartei und

## RUC

nachfolgeorganisation der RIC. kolonialpolizei. offizielle unionistentruppe. mit reserve 11.000 mann. seit der ulsterisation (siehe Teil 1 S.16 unten) wieder an vorderster front. ihre chefs werden in der regel auf höhere posten nach england befördert, wegen ihrer erfahrungen in der aufstandsbekämpfung. sie nimmt kaum die "gewöhnlichen" polizeiaufgaben wahr, sondern frönt dem verständnis einer protestantisch/loyalistischen miliz im kampf gegen die IRA und für den erhalt des status quo. sie versteht sich als verteidigungsmacht des "protestant state". die RUC-mitgliedschaft wird oft "familiär vererbt"; das garantiert die fortsetzung der paramilitärischen/loyalistischen tradition.

konservativer als die DUP.

28) devolution: schrittweise zurückdelegierung von politischen kompetenzen an die "nordirischen" kräfte, die einrichtung eines "nordirischen" parlaments und mittel- bis langfristig auch eine "nordirische" exekutive.

29) hillsborough bzw. anglo-irisches abkommen: im nov. 1985 wurde in hillsborough das anglo-irische abkommen zwischen eire und GB. unterzeichnet. es bekräftigt die britische souveränität über "nordirland", indem es das soyalistische vetorecht (siehe 30)) ausdrücklich bestätigt und eire enger an die britische anti-IRA-strategie anbindet. seither gibt es auslieferungen von in eire gefangengenommenen - vor allem (angeblichen) IRA-Leuten - an GB. und "nordirland". dublin erhielt ein institutionalisiertes vorschlagsrecht, bezüglich der "nordirischen" verwaltung, und obwohl selbst moderate dubliner vorstellungen bisher kein gehör fanden, gibt es protestantischen widerstand gegen das abkommen, da es eire ein ("zuviel") an "mitsprache-recht" erlaube.

vetorecht: soll heißen, daß eine veränderung des völkerrechtlichen status quo nur mit einer mehrheit von protestantischer zustimmung erfolgen kann. das gilt natürlich nur solange, als die positionen zwischen london und den "nordirischen" protestanten übereinstimmen. eine entlassung der 6 counties aus dem britischen staatsverband kommt natürlich nicht in frage. london erreicht damit, daß es scheint, als ob die einbindung "nordirlands" ein demokratischer mehrheitswunsch sei.

30) rhodesisches vorbild: vorsichtige umverteilung, jedoch keine großartigen veränderungen. ●

bezahlte Anzeige:

Die meisten schönen  
Schuhe sind nette  
kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

# GEA

GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626  
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 51219 67



# Die Volkszählung 1991 geht weiter!

Folgende Zusendung bekamen wir von der Gruppe Pink Print aus Linz geschickt. Sie hat eine eigene Initiative zur Volkszählung gestartet.

(Pink Print)

## Liebe AktivistInnen!

Rundherum beschwör(t)en uns die PolitikerInnen, wie wichtig das Ergebnis der Volkszählung und die daraus gewonnenen Planungsdaten für die Gestaltung unserer Zukunft und unseres Lebensraumes seien und warum wir die Fragebögen brav und ordentlich ausfüllen sollten.

Nun wollen wir aber die verantwortli-

chen StimmungsmacherInnen nicht mit unseren Daten alleine lassen. Wir wollen ihnen zusätzlich unsere konkreten Anliegen in der Kommunalpolitik darstellen und sie bitten, uns zu informieren, wie sie Gelder und Planungsdaten, die mit der Volkszählung in Verbindung stehen, einsetzen und verwenden werden.

Beiliegend zu Eurer Information ein persönlicher Musterbrief aus Linz, den In-

teressierte (fertig ausgefüllt) an den Linzer Bürgermeister schicken können.

Vielleicht ist das auch eine Anregung für Euch!

Liebe Grüße!

P.S.: Unser Motto:

Wir wollen mitgestalten, und nicht uns mittels unserer Daten gestalten lassen! ●

Anden  
Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz  
Dr. Franz Dobusch  
Altes Rathaus  
Hauptplatz 1  
A-4010 Linz

Lin, am .....

- weiterführende Maßnahmen zur Erhöhung der Wohnqualität (Verbesserung der Luftsituation, Ausbau der öffentlichen Naherholungsflächen, 30-km-Zonen...);
- Schaffung eines Klimas der Offenheit und Akzeptanz gegenüber Frauen, AusländerInnen, und anderen sozial benachteiligten Gruppen;
- großzügige Förderung und Unterstützung von Sozialprojekten und Vereinen, die meist von engagierten Privatpersonen (oftmals ehrenamtlich) getragen werden;
- Finanzierung alternativer, selbstverwalteter Kultur- und Medienprojekte;

Beifüg: Volkszählung 1991

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom Mai 1991 (Linzpost, Stadtnachrichten Nr. 18) und Ihrem Artikel "Volkszählung entscheidend für Linz" in Lebendiges Linz, Stadtmagazin Nr. 80/1991 vom Mai d. J. auf Seite 3, teile ich Ihnen mit, daß ich mich entsprechend Ihrem Wunsch als Bürger/in zu Linz bezieht habe.

Allerdings suchte ich auf den Volkszählungsbögen leider vergeblich nach Fragen, bei deren Beantwortung ich meine persönlichen Wünsche und Ideen für die Gestaltung unserer Zukunft im Lebensraum Linz angeben hätte können. Ungehindert dieser Mängel bei der Gestaltung der Volkszählungsformulare möchte ich Ihnen nun in diesem gesonderten Schreiben einige meiner Wünsche für die Gestaltung unserer Stadt Linz mitteilen und sie bitten, diese bei Ihrer Planung zu berücksichtigen. Meine Hauptanliegen sind:

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs und günstigere Tarifgestaltung, sowie Verkürzung der Fahrintervalle;
- Ausbau der Linzer FußgängerInnenzone;
- Erweiterung des Radwegnetzes und Verbreiterung der Radwege;
- Stop des Tiefgaragenbaus, der verstärkt Autos in die Innenstadt lockt;
- Schaffung von genügend Wohnraum für alle, der den individuellen Bedürfnissen der zukünftigen BewohnerInnen entspricht (sowohl bezüglich der Größe als auch der Kosten);

Die Finanzmittel, die für die Realisierung meiner oben genannten Vorhaben notwendig wären, könnten z.B. durch Einsparungen bei der Image-Werbekampagne für die Stadt Linz (real existierende Verbesserungen bringen den BewohnerInnen von Linz mehr als Versprechen auf Plakatschildern) und durch den Nicht-Bau des geplanten Design-Centers (für dessen Errichtung besteht bei mir kein persönlicher Bedarf) aufgebracht werden. Zudem stehen ja die Mittel, die im Zuge des Finanzausgleichs der Stadt aufgrund meines Bekenntnisses zu Linz bei der Volkszählung 1991 überwiesen werden, zur Verfügung.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Anregungen gedient zu haben und bitte Sie, mich persönlich über Ihre Pläne zur Gestaltung der Stadt Linz zu informieren. Insbesondere interessiert mich, für welche Zwecke der durch meinen Beitrag bei der Volkszählung der Stadt Linz zuzuführende Budgetanteil (Finanzausgleich mittels Volkszählung) ausgegeben werden wird bzw. welche Projekte dadurch mitfinanziert werden.

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

## Innsbruck:

# Volkszählungs-sabotage

(TATblatt Innsbruck)

In Häusern mehrerer Innsbrucker Stadtteile wurden "Anschläge" entdeckt — und per Aufruf wieder entfernt — welche aussagten, daß die Volkszählung per Erlass des Verfassungsgerichtshofs "wegen unzureichender Rechtsgrundlagen" abgebrochen werde. Weiters besagte der Aufruf, daß sämtliche Volkszählungsbögen zu vernichten seien.

Unterschrift — Ronald Niescher (Bürgermeister von Innsbruck) ●

# Anti-homosexuelle Sondergesetze abschaffen!

SPÖ, FPÖ und Grüne Alternative treten für die ersatzlose Streichung sämtlicher noch bestehenden anti-schwulen und anti-lesbischen Bestimmungen im Strafrecht (209, 220 und 221) ein

(HOSI-Wien)

Die in der geplanten Strafrechtsänderungsnovelle 1991/92 vorgesehene Teilreform, nämlich die Aufhebung der 220 und 221 StGB (Informations- und Vereinsbildungsverbot für homosexuelle Männer und Frauen), der auch die ÖVP sich zuzustimmen bereit erklärt hat, ist den drei genannten Parteien nicht weitgehend genug. Sie fordern auch die ersatzlose Streichung des diskriminierenden Schutzalters für homosexuelle Männer (18 Jahre - im Gegensatz zu 14 Jahren für Heterosexuelle und lesbische Frauen; 209 StGB). Gegen die Abschaffung des 209 bestehen jedoch Widerstände in den Reihen der ÖVP.

SPÖ-Abgeordnete Mag. Waltraud Horvath erklärte auf der Pressekonferenz, daß sie im Zuge der parlamentarischen Behand-

lung der Novelle auch die ersatzlose Streichung des 209 in diese hinein-reklamieren und zu diesem Zweck eine Expertenanhörung fordern werde, denn die Widerstände in der ÖVP beruhen nur auf Vorurteilen und keinerlei wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Auch die Justizsprecherin der Grünen Alternativen, Mag. Terezija Stoisits, erklärte, sie habe von den GegnerInnen einer Aufhebung des 209 noch kein überzeugendes Argument für die Beibehaltung dieses Paragraphen gehört. Stoisits zeigte sich auch verwundert, daß gerade jene Gruppierungen, die so dringend den Anschluß nach Europa suchten, in Fragen wie dieser keinen Wert auf Europareife legten.

Auch FPÖ-Ageordneter Dr. Harald Ofner erklärte, daß es sich beim 209 um eine

"mißglückte, unlogische, inkonsequente und damit ungerechte Bestimmung" handle, die es in der überwiegenden Mehrheit der europäischen Länder nicht mehr gibt und deren Beibehaltung daher eine international nicht mehr verteidigbare Position darstelle. Die Kriminalisierung, wie sie durch 209 erfolgt, sei in jedem Fall nicht nur erfolglos, weil es sich hier um Handlungen handelt, die im tiefsten Inneren des Menschen begründet liegen, sondern auch in Hinblick auf die AIDS-Prävention kontraproduktiv.

Die drei ParteienvertreterInnen erklärten, sich in der parlamentarischen Behandlung dieser Frage vehement für die ersatzlose Streichung auch des 209 einsetzen zu wollen, gemäß dem immerhin noch 30 bis 40 Verurteilungen pro Jahr ausgesprochen werden. ●

## **Autonomes Stadtfernsehen/Stadtradio präsentiert: Bauanleitung für PiratIn- nensender!!!**

Die Bauanleitung beschreibt zwei verschiedene Sendertypen: Einen zum Überlagern von FS 1, den zweiten zum Überlagern der Hörfunkprogramme.

Diese Sender erreichen eine Leistung von ca. 70 Watt, womit mensch einen starken offiziellen Sender in einem Radius von ein paar hundert Metern überlagert.

Auf einer eigenen Frequenz ist es kein Problem, in einer Großstadt überall gehört zu werden.

All jene, die sich für diese Bauanleitung interessieren, können sie jetzt über das TATblatt beziehen.

Einfach ein doppeltes Kuvert an das TATblatt senden:

### **Äußerer Umschlag:**

**TATblatt**

**Gumpendorferstr. 157/11  
1060 Wien**

### **Innerer Umschlag:**

**Autonomes Stadtfernsehen/Stadtradio**

**In diesem inneren Kuvert sollte sich dann eure Adresse und mindestens 170 Schilling befinden**

\*Also: Bestellung nur gegen Vorkassa!!!

P.S.: Alle die noch nichts zugesandt bekommen haben, bitte nicht böse sein – in der nächsten Woche ist es soweit !!!

P.P.S.: Schecks nehmen wir keine entgegen – wir wollen uns nicht in der Bank abfilmen lassen. Zugesandte Schecks werden von uns vernichtet, also bitte: alles nur gegen Bargeld

**Jetzt geht's erst richtig los mit Frequenzbesetzen in Österreich und hoffentlich machen viele mit.**

## **Buchvorstellung: Metropolen(gedanken) & Revolution?**

Dieser Sammelband mit dem Untertitel "Texte zur Patriarchats-, Rassismus-, Internationalismuskonversation", der in der *Edition ID-Archiv* erschienen ist, beinhaltet Diskussions- und Grundsatzpapiere der (autonomen) Linken, die größtenteils schon in verschiedenen Infoblättern der BRD erschienen sind. Die Zielsetzung dieser Textesammlung ist es, die eher zaghaft in Gang kommende Diskussion über das Verhältnis der metropoliten Linken zu Befreiungsbewegun-

gen im Trikont, oder dem Zusammenspiel von Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus als Unterdrückungsmechanismen, voranzutreiben. So geht es in Ingrid Strobls Text "Die Angst vor den Frösten der Freiheit" um die Geschichte des Patriarchats; doch weiters auch darum, daß (linke) Männer von den sexuellen Herrschaftsverhältnissen schweigen und ihre Macht damit weiter zementieren.

Der Text "Drei zu Eins – Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus" ist das Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion zwischen Männern, vor allem aber zwischen Frauen und Klaus Viehmann. Meist über Knastpost und unter den erschwerten Kommunikationsbedingungen der staatlichen Kontrolle und Zensur geführt, bearbeitet das Papier den ihrer Meinung nach überkommenen Klassenbegriff, der "patriarchal vorgeprägt ist und voller Rassismen steckt."

Der Text "Was ist das Patriarchat?" der Re-

volutionären Zellen, der im Frühjahr 1989 an die Öffentlichkeit kam, führte zu einer lebhaften Diskussion, in der eine Vielzahl von Fragen, Kritiken und Positionen geäußert wurden. Einige dieser Reaktionen sind ebenfalls in diesem Sammelband dokumentiert.

Weitere Texte sind "Rassismus und Imperialismus – Versuch eines Weißen Mannes, die Kausalität von Rassismus und Imperialismus und ihre materiellen Voraussetzungen zu begrei-

fen", ein Flugblatt des Flüchtlingsbüros Paderborn "Zur deutschen Nichtbeteiligung zu den Widerstandsaktionen der Roma am 9.-13.11.1990 in Weil am Rhein" und "Doitsch-Stunde" der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe Rhein/Main, der eine kritische Bestandsaufnahme linksradikaler Politik des Jahres 1990 (also des Jahres der deutschen Wiedervereinigung) wagt (und noch ein wenig mehr).

Im Gesamten alles Texte, die viele Fragen aufwerfen, und zu weiterer Diskussion animieren sollen; zu einer Diskussion, die die (radikale) Linke bitter nötig hat.

Weiters findet sich auch noch eine Bilderreihe mit Fotos aus Kurdistan, die einen kleinen Einblick in Alltag, Kultur und Kämpfe der dort lebenden Menschen gibt.

**Bestellungen und Verlagsinfos:**

*Edition ID-Archiv  
c/o Aurora Verlagsauslieferung  
Knobelsdorffstr. 8  
1000 Berlin 19*



## **Was fehlt?**

Ein Brief der MLPÖ, in der sie uns "bürgerliche Zensur" vorwirft, samt unserer Antwort darauf, in der wir die Berechtigung des Wortes "bürgerlich" bestreiten. Die sehr lange Antwort unserer "Abteilung für geistige Onanie und sonstige extrem lange Artikel (Tb-AfgOuselA)" wurde zu spät fertig, als das wir alle gemeinsam darüber hätten diskutieren können. Da es aber die Erfahrung mit der Palastina-Diskussion so mit sich gebracht hat, daß wir die Leute, die sich die Mühe machen, solche Reaktionen auch aufzuschreiben, nicht in Diskussionen allein stehen lassen wollen, wollen wir uns eben gemeinsam damit auseinandersetzen. Aber keine Angst! Der Schrieb ist schon fertig im Kasten.....und kommt das nächste Mal garantiert.

Auch zu Zwecken gemeinsamer innerer Diskussion wird die Reaktion auf den Brief a's aus der letzten Ausgabe bis zur nächsten Nummer zurückgehalten. Hier liegt der Fall allerdings ein wenig anders. Wir sehen die

Kritik im Wesentlichen als völlig berechtigt an und wollen uns überlegen, wie wir praktisch darauf reagieren können.

Es Fehlen auch Beiträge zur EXPO, bzw zur Nachnutzung, sowie zu den Sonntagsspaziergängen. Es wird überlegt, diese in einer Art Zwischenausgabe in den nächsten 14 Tagen nachzuschicken (freut euch, freut euch Leute).

Ausdrücklich wird mir aufgetragen zu schreiben, daß die Hälfte des Mondes fehlt (FinderInnen bitte bei uns abgeben).

Es fehlt: Geld (unsere Kontonummer ist beim Impressum zu erkunden)

Es fehlen: jene, die unter Mißachtung der Bestimmungen des neuen revolutionären TATblattkonzepts die Redaktionsräumlichkeiten verlassen haben, ohne ihre Häferl abzuwaschen.

Es fehlt: Meine Chumba Wamba Platte! Hey M., kannst du sie mir nicht am Dienstag mitbringen? ●

## Zum "TATblatt-Adressenskandal"

Liebe TATblattys!

Ich glaube, nun ist auch eine Stellungnahme der pBlattform-Redaktion zu dem Adressenskandal (endlich haben auch wir mal einen Skandal produziert!), aber auch zur pBlattform selbst, fällig.

Dazu ist auch eine kurze Darstellung der Situation innerhalb der ÖH-BOKU erforderlich.

Von den im Hauptausschuß vorhandenen 11 Mandaten waren und sind 5 von der AG (= Bauernbund) und 1 von der JES (= Zita & Otto Habsburg) besetzt. Die restlichen 5 teilen sich äkologische Liste und Basisgruppe, die zusammen eine starke Opposition darstellen.

Als Basisgruppen-Mitglied wurde ich nicht zum Pressereferenten gewählt, sondern nur eingesetzt. Die AG kann mich also jederzeit nach Belieben loswerden (was sie nur mangels eigener Kandidatys nicht tut). Trotzdem versuchen wir, so halbwegs gute, linke Pressearbeit zu machen. Der Aufbau eines Kollektives ist allerdings ziemlich schwierig, weil die AG dessen Entscheidungen nicht akzeptieren würde.

Die Umsetzung des im letzten TATblatt angesprochenen Konzeptes schleppt sich nun dahin. Ohne die ständigen Probleme im Hauptausschuß könnte die Sache schon ganz anders aussehen. Derzeit arbeiten wir halt so zu zweit dahin.

Nun zu den Adressen:

Wir haben das TATblatt-Kollektiv anlässlich des Antifa-Mittelteils gebeten, uns seine Adressen zur Verfügung zu stellen. Einerseits wollen wir damit zeigen, daß Studi-Zeitung nicht nur für Studis gemacht werden soll, sondern vor allem einen Ausbruch aus dem Elfenbeinturm Uni ermöglichen kann, andererseits, um für dieses Projekt Abonnentys zu gewinnen.

Daß es dabei keinen Hinweis in der pBlattform gegeben hat, liegt an der Unfähigkeit des zwischenzeitlichen AG-Pressereferenten. Nein nein, der war nicht für die Aussendung. Aber er hat Teile der BOKU-Adressen verschuert, und so hatten wir erst die MÜglichkeit dazu. Der Druck war natürlich schon fertig.

Was nicht stimmt, ist, daß die pBlattform

allen offenstehen muß. Es ist nur ziemlich problematisch, allen Fraktionen 2 Seiten zur Verfügung zu stellen, wenn das bei der FSI, die wir gegenüber der AG auch nicht von vorn herein als faschistoid bezeichnen können, nicht geschieht. Aber mit den 2 Seiten, die knallhart ausländerfeindlich und nationalistisch waren; hat die FSI ihre Wählerzahl sowieso auf den harten Kern eingeschränkt. Abgesehen davon ist es angesichts der Gleichgültigkeit der Studis gegenüber einem Phänomen wie Neofaschismus vielleicht gar nicht so schlecht, wenn Inhalte etwa einer FSI gezeigt werden. Die meisten glauben nämlich, daß Neofaschismus ein Hirnspinnst von paranoiden Linken ist.

Ein Artikel zum Thema FSI wird übrigens für die pBlattform 8/9 vorbereitet.

Wie in Zukunft über das Erscheinen von Artikeln entschieden wird, ist noch nicht klar. Ich wünsche mir grundsätzlich Kollektiv-Entscheidungen.

Zur pBlattform und zum Konzept:

Es wurde nie ein Konzept im Hauptausschuß durchgesetzt. Wir haben nur erreicht, daß wir die Zeitung machen können. Dadurch ergibt sich in beschränktem Maße auch die Umsetzung.

Das pBlattform-Konzept richtet sich auch nicht direkt "gegen die BOKU als Produzentin elitärer Öko-TechnokratInnen", sondern betrifft die Struktur der Medienarbeit.

Engagierte Leute auf der ÖH-BOKU setzen sich mit Themen wie Regionalentwicklung, Transitproblematik, Forschung für Bäuerinnen, Entwicklungspolitik, Agrarpolitische Opposition, Theorie der Landschaftsplanung usw. auseinander. Wesentlich ist, daß diese Themen ein Forum bekommen, das die Studierenden und die Betroffenen für Diskussionen und Austausch verwenden können. Hauptziel des pBlattform-Konzeptes ist es nun, dieses Forum an die Be-

troffenen heranzutragen und darüberhinaus für diese Bereiche eine größere Medienöffentlichkeit zu schaffen.

Die Worte des TATblatts treffen nur auf die Autors der pBlattform zu. Wenn wer was zu diesen Inhalten schreibt, dann bekommt die Zeitung auch diese Linie. Dazu hoffen wir auf noch viele Beiträge. Bitte das als Einladung zu verstehen!

Ein anderes Ziel ist die Schaffung eines Austauschmediums für Studierende und andere Le-

## Briefe Meinungen Diskussionen

sys, um einer abgehobenen ÖH entgegenzuwirken. Die steigenden Lesybriefraten scheinen auf einen Erfolg hinzudeuten.

Weiters wichtig ist uns auch eine gute Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen und vor allem Medienmachys. Dazu soll im nächsten Jahr ein Medienzentrum an der ÖH-BOKU eingerichtet werden (ähnlich dem der HTU).

ukunftsmusik: Wir wollen irgenwann in die Ton- und Bildmedienproduktion einsteigen. Freu' mich schon drauf!

Zur Form des pBlattes:

Ähnlich wie der Boiler wollen wir das Sakrileg begehen, durch angepaßte Form politische Inhalte zu vermitteln. Ganz bewußt arbeitet die pBlattform auf ein ziemlich yuppiges, postmodernes Layout hin, in der Hoffnung, daß sie gelesen werde.

Nun noch vielen Dank an das TATblatt-Kollektiv, und vielleicht gibt's auch mal irgendeinen redaktionellen TATblatt-Beitrag in der pBlattform!?

Cris, derzeit Pressereferent der ÖH-BOKU

## LESERINNENBRIEF ZUR SAUSTUFE

Liebe TATblätlerInnen

Bei der Sache mit der Volksbefragung war die Staustufe wohl wirklich das komplexere Thema. Ich glaube nicht, daß es an mangelnder Kraft der GegnerInnen gelegen ist, wie die Abstimmung ausgefallen ist, sondern, daß die Zeit zu knapp war, um diesem Propaganda-Aufwand etwas entgegenzusetzen.

Bei Infoständen war immer zu beobachten, daß die Leute relativ klar wußten, was sie von der EXPO zu halten haben, daß sie aber die Staustufe für zu schwierig hielten, um sich eine abweichende Meinung zu bilden. Daß soviel Rummel um Experten hier und dort war, hat sicher etliche Menschen verunsichert, etwa mit dem Eindruck: Ach, wenn dazu soviel Wissen nötig ist, um es zu verstehen, dann vertraue ich lieber den einen.

Wichtig war dabei, daß die Boku als positive Gutachterin ins Spiel gebracht wurde – was ja nicht stimmt, da ja lediglich festgestellt wurde, daß das Einreichprojekt der DoKW, wenn die 108 zusätzlichen Auflagen erfüllt sind, das vorgesehene Wasserrechtsverfahren bestehen kann. Wenn dann die DoKW-Vertreter bei Veranstaltungen behaupten, es gäbe eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und diese mit Gutachten vermenscheln – wer außer InsiderInnen weiß schon, daß es in Österreich gar keine gesetzlich gewährleistete UVP gibt?

Außerdem: wenn die DOKW versucht, ihr Kraftwerk als eine großartige Rettungsaktion für die Praterauen und für die neue Donau zu verkaufen – nicht immer ist jemand da, der erklären kann, daß im Gegenteil beides durch das Kraftwerk gefährdet wird!

Wie kommen wir denn an gegen farbige Postwurfsendungen, gegen Werbefilme in den Kinos und im Fernsehen?

Manche der GegnerInnen bemühen sich jetzt, faire VerliererInnen zu sein. Sie verlegen sich darauf, auf die Einhaltung der Auflagen achten zu wollen. Das ist vielleicht notwendig, um von den Herrn im Rathaus nicht als undemokratisch hingestellt zu werden, allerdings: Während mit unseren Steuergeldern, mit unserem Strompreis DoKW-Propaganda bezahlt wurde, war in keiner Publikation der Stadt Wien auch nur ein Gegenargument zu lesen.

Zur direkten Demokratie gehört objektive Information, und kein Mißbrauch von Abstimmungen für die Interessen von Lobbys!

Ich kann mir auch gut vorstellen, daß es die Projektbetreiber nicht sonderlich kratzt, wenn da ein paar GegnerInnen behaupten, diese oder jene Auflage würde nicht eingehalten. Wer nicht in allen akademischen Disziplinen, die nur irgendwie mit dem Kraftwerk zu tun haben, mehrere Abschlüsse herzeigen kann, wird von den

Herrn der E-Wirtschaft nicht ernst genommen. Außerdem, so ein DoKWler, der sich zu einem grünen Infostand verirrt hatte, seien die Auflagen gar nicht im Zusammenhang mit dem Kraftwerk zu sehen, d.h., wir können uns dann mit der Stadt Wien oder wem auch immer herumstreiten.

Jetzt ist wichtig, die Zeit bis zum Baubeginn (wird ja wohl doch nicht zu vermeiden sein) zu nutzen, um die Leute über die Hintergründe der Energiepolitik zu informieren. Damit sie dann verstehen können, warum wir dem Bau nicht einfach zusehen können....

ab.

## Betrifft: Unsere Meinung

Entzückt darüber, etwas im Tatblatt zu lesen, was auch wir unseren FreundInnen guten Gewissens weiterempfehlen können, wären wir entzückter im nächsten Tatblatt den Artikel von Genoss A. über die politischen Gefangenen in der Türkei endlich lesen zu dürfen, am entzücktesten wären wir, noch mehr Briefe vom Schlag des Genoss A. lesen zu dürfen.

Also LeserInnenschaft – aber hurtig.

KAMPF DEM RASSISMUS UND EUROZENTRISMUS!

## zum Leserbrief zur "Irrationalität" Ronald Schueckers Wissenschaftskritik)

an Gerhard

So wichtig ich es finde hellhörig gegenüber veofaschistischen und irrationalen — im Sinne die Vernunft verneinenden — Äußerungen, insbesondere im TATblatt, zu sein; so unberechtigt fand ich Deine Vorwürfe gegenüber Ronalds Wissenschaftskritik.

Verärgert hat mich der suggestive und autoritäre Stil Deiner Argumentation. Konkret:

1. die Vereinnahmung des Lesers/der Leserin durch Verwendung von "wir", "man", "mensch" statt "ich" (z.B.: Wie wir zuvor bemerkt haben, will er einfach alles als wahr verkaufen. Jetzt sehen wir...),

2. das Zitieren von Gurus, der Verweis auf

senschaft fordert, "die gemeinsam mit Betroffenen und BürgerInneninitiativen forscht und die Probleme vor Ort bespricht".

Du erörterst die wörtliche Bedeutung von "Esoterik" als "Geheimwissen", als ob Ronald nicht selbst — vielleicht etwas ungestüm — Geheimwissenschaft am Beispiel der Freimaurer geistelt.

Du erwähnst faschistisch gefärbte antiimperialistische Flugblätter und Aktionen der Friedensbewegung während des Golfkriegs, die sich aufs Fasten und Beten beschränkten, als ob Ronalds Text Hinweise auf faschistisches Gedankengut seinerseits enthält oder Abstinenz von politischen Engagement propagiert. Das Gegenteil ist der Fall.

4. Übel nimm ich Dir Deinen Vorwurf ans TATblatt, Ronalds Artikel überhaupt abgedruckt zu haben. Ja, Du nennst dies ein "weiteres Indiz 'linken' Irrationalismus. Damit übst Du —

meiner Meinung ganz bewußt — moralischen Druck aufs Kollektiv aus, derallei Artikel nicht mehr reinzunehmen, um sich nicht einer weiteren Verbreitung des "linken" Irrationalismus schuldig zu machen.

Freilich bin ich auch mit Ronalds Text nicht nur glücklich. Vieles blieb mir unverständlich. Etwa die beiden Absätze unter "Teile und herrsche" über Raum, Zeit und Materie/Licht und ihre angebliche Trennung in der verbreiteten Biologie, Chemie und Physik.

Vielleicht liegt es an der gebotenen Kürze. IN einem Artikel über die Transformation von Wissenschaft in Religion, über Wahrnehmungsdefizite von Wissenschaftler, über Mythen der Aborigines und deren metaphorischer Erkenntnis-

gehalt, über praktizierte Wissenschaft und Umweltzerstörung, über Zusammenhänge zwischen Darwinismus und Faschismus, über "unwissenschaftliche" Wissenschaft und Wissenschaftler, über Männerbünde in der Wissenschaft, über "Dressur" von Wissenschaftlern, über Folgen der Drittmittelfinanzierung an Universitäten, ... schreiben zu wollen, muß fast scheitern. Manches mag auch Ronald (noch) nicht so klar sein, so mein Verdacht.

Dagegen ist Deine Replik darauf recht deutlich, wenn auch nicht gerade logisch stringent. (Deine Schlußfolgerung die Ronald selbst des Faschismus überführt, find ich abenteuerlich.)

Warum diese heftige Reaktion? Was hat Ronald da angestellt, daß er gleich zum Beispiel jedes sich nur als halbwegs "links" definierenden Menschens, zum Faschisten, gestempelt werden muß?

Aus Zeitgründen heb ich meine spekulative Antwort fürs nächste TATblatt auf. Dort möcht ich auch auf Deine Definition von "Erkenntnisfortschritt" als "Normierung des Denkens", von "Wissenschaft" als "Instrument zwischen wissenschaftlich haltbaren Theorien und absurden Wischi — Waschi unterscheiden zu können", eingehen. Durchaus nicht nur an Dich gerichtet, sondern im Sinne "Wider den 'linken' Irrationalismus" in Gestalt 'linker' (Natur-)Wissenschaftsgläubigkeit.

gunter

## Briefe Meinungen Diskussionen

"Marx-Grundkurs" und "Standardwerk zur Mythosforschung", (Übrigens hat Marx von Religion als Opium des Volkes, nicht für das Volk, geschrieben (MEW 1,S.378). Nicht die Religion sondern ihre materiellen Ursachen, das diesseitige Elend gehören bekämpft, so Marx. — Das nur für den Fall, daß Du nur Leute mit Marx-Kennntnis anhörst.)

3. Deine Rhetorik der indirekten Unterstellung:

Du zitierst einen Ausspruch Lassalles gegen Theoriefeindlichkeit, als ob Ronald für Theoriefeindlichkeit plädierte.

Du zitierst Rosa Luxemburg, wie sie das Vortrecht der Akademiker gegenüber den Arbeitern, theoretische Auseinandersetzungen zu führen, angreift, als ob Ronald nicht ebenfalls eine Wis-

### Jeder ihren/jedem seinen kleinen Irrationalismus?

Lieber Gerhard aus Graz,

in deinem Leserbrief finde ich eine Menge einzelner Aussagen, denen ich zustimmen kann, die für mich teilweise auch wichtig oder interessant waren, zu erfahren. Die Schlüsse, die du aus deinen Aussagen ziehst, halte ich hingegen für falsch oder verstehe sie nicht.

Zum einen stört mich die oberflächliche Umgangsweise mit politischen Bewegungen. Am Beispiel der Frauenbewegung: Reaktionäre Vereinnahmungsversuche und Gegenbewegungen werden mit kritischer Auseinandersetzung und Aufarbeitung der eigenen Geschichte in einen Topf geworfen und darin das irrationale Süppchen des bösen Irrationalismus gebraut. Klar, daß Irrationalismen auch dort existieren. Aber wir werden sie nicht alleine dadurch los, indem wir das 'Abdriften' der Frauenbewegung konstatieren (das ich im übrigen nicht sehe). Hexen z.B. sind Teil geschlechtsspezifischer weiblicher Geschichte; deren Aufarbeitung bedeutet auch die Überwindung von Irrationalismen, die zur Legitimation männlicher Vorherrschaft dienen. Im übrigen hat auch die ArbeiterInnenbewegung ihre politische Symbolik, die durchaus willkürliche Elemente enthält.

Zum anderen verstehe ich nicht, warum du zuerst den Irrationalismus des Ronald S. zu entlarven versuchst (wobei ich den Einwände zustimme), um dann lauthals zu verkünden: "Glaub an die Wissenschaft!"

Materialistische Dialektik, wissenschaftlicher Marxismus ist alles andere als gleichbedeutend mit Wissenschaft an sich. Daß Ronald S.' Sichtweise jedes dialektische Denken über den Haufen wirft, ist eine Sache, eine andere aber, daß diese Wissenschaft immer wieder dazu benutzt wurde und wird, um menschenfeindliche Irrationalismen als die reine Wahrheit zu verkaufen. Aber Diskussion, geschweige denn Kritik an dieser Wissenschaft und deren gesellschaftlicher Funktion, finde ich nirgendwo in deinem Brief. Im Gegenteil, selbst Dinge, wie das zweiteilige Wertungsschema "wahr — falsch" oder die normierende Funktion wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse<sup>1</sup>, die schon längste Zeit zur Diskussion stehen — wenigstens unter Linken —, werden mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Insgesamt läuft deine Antwort für mich darauf hinaus, Kritik an der Wissenschaft mit deren eigenen Mitteln für falsch KritikerInnen für abnorm zu erklären, um sich jede weitere Diskussion zu sparen. Das ist mir zuwenig. ●

1 Tut mir leid, aber ich kann das nicht anders formulieren. Worum's mir geht: wissenschaftliche Erkenntnisse, die nur einen kleinen Ausschnitt, ein Abbild der Wirklichkeit darstellen, werden als Wirklichkeit ausgegeben und akzeptiert.

### WIR PACKEN EIN !!

Aber nicht weil wir die Schnauze voll haben, sondern weil wir umziehen.

Der Umbau des Hauses Kapuzinerstraße 36 (besser bekannt unter dem Namen KAPU) rückt näher und näher.

Fast hätten wir, die Leute vom INFO-LADEN LINZ bis zur letzten Minute geschlafen bzw. soviel zu checken gehabt, daß wir den Umbau erst dann bemerkt hätten, wenn ..... aber Ups sei dank haben wir doch noch rechtzeitig ein Ausweichquartier für die nächsten sechs Monate gefunden.

Gute zentrale Lage (Hauptplatz). Ausgestattet mit Telephon und einem Kühlschrank.

Also nun aber endlich die Adresse:

**ILL**  
**c/o ZNILE**  
**Pfarrgasse 1/I.Stock (links KP-Büro)**  
**A-4020 LINZ**  
**Tel.: 0732/273 273**

Öffnungszeiten sind wie gehabt:  
**Di. von 15.00 — 19.00 Uhr; ab 19.00 Uhr — open end interne Ladensitzung und**  
**Fr. von 17.00 — 21.00 Uhr**

Ab JUNI könnt ihr uns unter oben genannter Adresse erreichen.

**ACHTUNG ACHTUNG ACHTUNG**  
Auch die Leute vom BLICKWECHSEL werden mit uns umziehen.

**SOMMERPAUSE SOMMERPAUSE**  
Im AUGUST ist der Laden geschlossen.

# Die EXPO ist tot — es lebe die 2. Wiener City

Das neue Motto

verkünden nun die Rat(z)hausbürokraten, die Manager der Banken und des Baugeswerbes, die Industrie... also dieselben die auch schon die EXPO durchführen wollten. Eine 2. Wiener City würde die Mieten noch weiter in die Höhe treiben, gewachsene Bezirksstrukturen zerstören, einen erhöhte Verkehrsflut mit sich ziehen... auf den Punkt gebracht völlige Umstrukturierung ganzer Bezirke.



Keine Zweite

Darum

Wiener City!

Imp.: M. Nowak, 1060 Wien

Anti- 2. Wiener City-Sonntagspaziergang  
am Sonntag dem 2. Juni, 16. Juni und 30. Juni  
jeweils um 15h U-Bahn-Station Kaisermühlen



Erreichbar mit Linien  
U1 / 67 / 67A / 66A / 14A  
per Fahrrad / zu Fuß /  
notfalls per TÖFFTÖFF  
kommt's einfach alle

## termine

## KLEINREIFLING

## VIEHTALER ALM

Sa.15.06.14h: ÖMV-STOP —  
1 Jahr danach: für alle Alm-  
BesetzerInnen und Sym-  
pathisantInnen Wande-  
rung auf die Alm, Grillen  
und Übernachten. 14.00  
Bahnhof Kleinreifling

## LINZ

## KAPU Kapuzinerstr.36

3 days of music & power:

Mi.05.06.20h: ALICE DONUT  
(usa), POLSKA MALCA  
(yu)

Do.06.06.20h: STAND TO  
FALL, KRÜPPELSCHLAG

Fr.07.06.20h: SNUFF (gb), 7  
SIOUX

## Übrigens:

\*Ab 10.Juni wird die KAPU  
umgebaut. Für die Erneue-  
rung bzw. Vergrößerung sind  
mal 4 Monate gerechnet wor-  
den (also ich halt ganz fest die  
Daumen — viel Kraft!!) Das  
Büro wird ins OFFENE KUL-  
TURHAUS verlegt, die KAPU-  
MacherInnen sind aber wei-  
terhin unter der selben Tele-  
fonnummer (0732/279660) er-  
reichbar.

\*Frühlingserwachen bei den  
INFOLADEN-Leuten: Das  
Ausweichquartier für die  
nächsten Monate ist gefunden:  
ILL c/o ZNILE  
Pfarrgasse 1/1, 4020 Linz  
(Tel.0732/273273), Öffnungs-  
zeiten: Di.15-19h, Fr.17-21h.

## INNSBRUCK

HAUS AM HAFEN Innrain  
157

Sa.08.06.: SEVEN SIOUX,  
KRÜPPELSCHLAG

## WIEN

## FLEX 12, Arndtstr.51

Mi.05.06.: FUTURE BLUES

Sa.08.06.: SNUFF (im EKH)

Mi.12.06.: THE RANKMEN

Sa.15.06.: LUCIDUM INTER-  
VALLA (tschech), BRAY  
(wien)

Mi.19.06.: KRÜPPEL-  
SCHLAG

## EKH 10, Wielandg.2-4

Fr.07.06.: SOLIFEST für AKIN  
und TATblatt: wegen Klage  
des Ahriman-Verlages  
THE ONLY SOLUTION, DEAD  
NITTELS

Sa.08.06.: SNUFF (gb), NO  
FISH ON FRIDAY

## außerdem:

Ohne Göd kan  
"Rechts"schutz. Darum auf  
zur einzigen Disco, die außer  
daß sie FUN macht, auch  
noch SINN hat.

JEDEN DONNERSTAG von  
21-2h: FunSinnsDisco

## DONNERBRUNNEN

1, NEUER MARKT (nähe  
Kapuzinergruft)

Fr.14.06.91: 3. Parkplatzbe-  
setzung. Prädikat: beson-  
ders wertvoll. AUTOS IN  
DIE GRUFT! (Anmerkung  
des Sezzers)

## UNIWIEN, HS 47

Do.06.06.13-15h: "Bauern  
oder Kriminelle: Die Dro-  
gendebatte", Vortrag von  
Gerhard Drekonja

AUDIMAX TU 6, Getreide-  
markt 9

STADT/Schnitte - Ein filmi-  
scher Streifzug durch das ur-  
bane Gestrüpp:

Mi.05.06.19h: Ein wenig ster-  
ben (ö 1982)

Regie: Mansur Mandavi,  
Buch: Dieter Schrage  
Rosige Aussichten für Spe-  
kulanten, wenn Mieter "Ein-  
sicht" zeigen. Doch W.  
Grünwald weigert sich, zu-  
erst mit List, dann mit Ge-  
walt, das Haus zu verlas-  
sen, indem er 70 Jahre ge-  
wohnt hat.

Mi.05.06.21h: ACCATONE (i  
1961)

Buch u. Regie: P.P.Pasolini  
Die Geschichte eines Ver-  
lierers, am Rande der  
Stadt, am Rand der Gesell-  
schaft.

Do.06.06.19h: AUFZEICH-  
NUNGEN ZU KLEIDERN  
UND STÄDTEN (brd/f  
1989)

Buch u. Regie: Wim Wen-  
ders

Do.06.06.21h: MEIN ESSEN  
MIT ANDRE (usa 1981)

Regie: Louis Malle

Fr.07.06.19h: BROADWAY  
DANNY ROSE (usa 1984)

Buch u. Regie: Woody Al-  
len

Fr.07.06.21h: DER STADT-  
NEUROTIKER (usa 1977)

Buch u.  
Regie:

Woody Al-  
len

Mo.10.06.19h: ALP-  
HAVILLE (f  
1965)

Regie: Je-  
an.Luc Go-

## PROZESSE — WIEN

Landesgericht 8, Frankh-  
platz

Fr.07.06.9h45: Prozeß gegen  
Michi wegen angeblichem  
Widerstands gegen die  
Staatsgewalt bei der Räu-  
mung der A4-Baustelle —  
2. Stock, Saal 2034

VON WEGEN  
PLATZMANGEL!

ALTE TU 1, KARLSPLATZ  
13

Fr.07.06.20h: RAF feiert: Ein  
Jahr Radfahren Am Freitag  
Mit: A4-Basischor, Zecken,  
BORB meets RAF(?), Vi-  
deos von den schönsten  
Radldemos, Ausstellung...  
Ab 20h im Architektursaal  
der alten TU, Karlsplatz 13,  
Stiege 4, 3. Stock

HOSI-ZENTRUM 2, Nova-  
ragasse 40

Di.04.06.20h: Winkelnähen,  
Vorarbeiten zum weltweit  
größten Rosa Winkel

Do.06.06.20h30: Jugend-  
gruppe, Reprise: "Club 2 -  
Thema: Homosexualität"

Fr.07.06.21h: Frauentanza-  
abend

Di.11.06.20h30: Videodien-  
stag "Before Stonewall".

usa 83, Buch u.  
Regie: Greta  
Schiller/Robert  
Rosenberg

Do.13.06.20h: Ju-  
gendgruppe;  
Makrobiotische  
Küche

Di.18.06.20h: Les-  
bisch/schwules Festwo-  
chenplenum

Mi.19.06.20h: Lesbengrup-  
pe, Lila Collage: "Sexualität  
in lesbischen Worten und  
lesbischen Bildern"

## RAUM WIEN

PRIATENRADIO PIRATEN-  
RADIO PIRATENRADIO

free your ears & listen to this  
JEDEN MITTWOCH 20H,  
103,3 MHz

PIRATENRADIO PIRATEN-  
RADIO PIRATENRADIO

## BRD

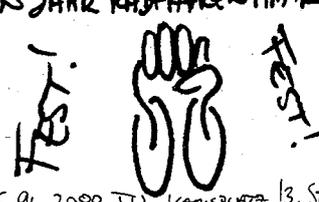
SCHACHTROCK-FESTI-  
VAL

Am 28./29. JUNI findet wieder-  
mal das Schachtrock-Festival  
statt. Auch dieses Mal läuft es  
unter dem Motto "NON COM-  
MERCIAL". Das heißt, es wer-  
den den Besuchern keine Ein-  
trittspreise abverlangt, son-  
dern die anfal-  
lenden Kosten  
werden allein  
durch den Ge-  
tränkeverkauf  
gedeckt. Die  
Bands treten  
für Spritkohle  
und teilweise  
für sehr gerin-

ge Gage auf.

Die VeranstalterInnen wollen  
sich mit dem Festival gegen  
die herrschende "Un"kultur  
dieser Konsumgesellschaft  
richten. Kultur bedeutet nicht  
konsumieren dessen, was uns  
hauptsächlich von den Mas-  
senmedien vorgesetzt wird,  
sondern ein eigenständiges  
sich entwickelndes Lebens-  
gefühl, das sich kritisch mit  
den Lebensumständen in der  
Gesellschaft auseinander-  
setzt.

Das Festival ist für die Veran-  
stalterInnen dieses Jahr be-  
sonders wichtig, weil sie hof-  
fen, dadurch Leute kennenzu-  
lernen, die Lust haben ein Pro-  
jekt zu starten, in dem Woh-  
nen, Kultur und Arbeit mitein-  
ander verbunden werden sol-  
len. Um nicht der Willkür eines  
Vermieters ausgesetzt zu sein  
(wie's derzeit der Fall ist), stel-  
len sie sich vor ein Gelände zu

EIN JAHR RADFAHREN AM FREITAG  
FEST. 

7.6.91, 2000 TU, KARLSPLATZ 13, STIEGE 3  
kaufen und haben schon ein  
Grundstück in Aussicht, das  
den Ansprüchen entsprechen  
würde.

Was noch fehlt, sind interes-  
sierte Leute und das nötige  
Kleingeld.

Laßt euch auf dem Festival  
blicken, oder nehmt, wenn ihr  
Interesse habt, Kontakt auf  
mit: SCHACHTROCK FESTI-  
VAL, Marienschacht 1a, 3392  
Clausthal-Zellerfeld, BRD

Schön wär's, wenn aktive  
Gruppen ihre politische  
und/oder kulturelle Arbeit auf-  
dem Festival darstellen wür-  
den.

Für Übernachtungsmöglich-  
keiten (Zelte) ist gesorgt, also  
gebt der Kreativität eine Chan-  
ce und setzt dem dumpfen  
Konsumwahn ein Stückchen  
Widerstand entgegen!!!

Bands und KünstlerInnen:  
MALIN HEADS (b), MY  
FRIEND MARVIN (hb), SACK  
(k), DISSTRESS (mz), ACER-  
BITY (ms), SNUFF YOUR FE-  
ED (l), D.M.B. (l), THE PLOT  
(nl), AK47's (gb), PARTY DIC-  
TATOR (hb), RATTLE RATS  
(b)•

# Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeböten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

## Die TATblatt-Kollektive:

**TATblatt-Wien:** 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr  
**TATblatt-Graz:** Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

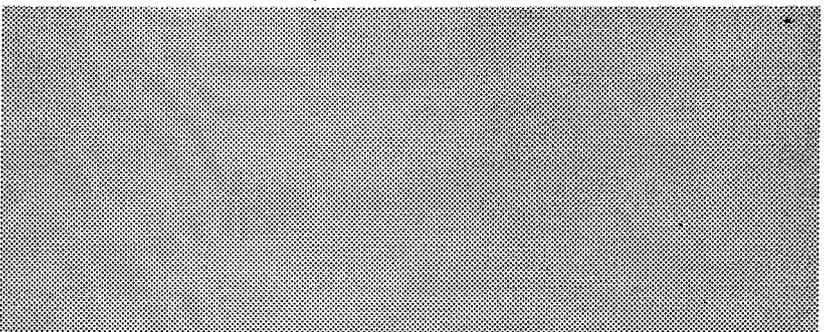
**TATblatt-Linz:** Kontakt: 4020 Linz, ILL; Pfarrgasse 1/I. Stock

**TATblatt-Innsbruck:** Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

## ...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

**Achtung AbonnentInnen!** Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

## Impressum:

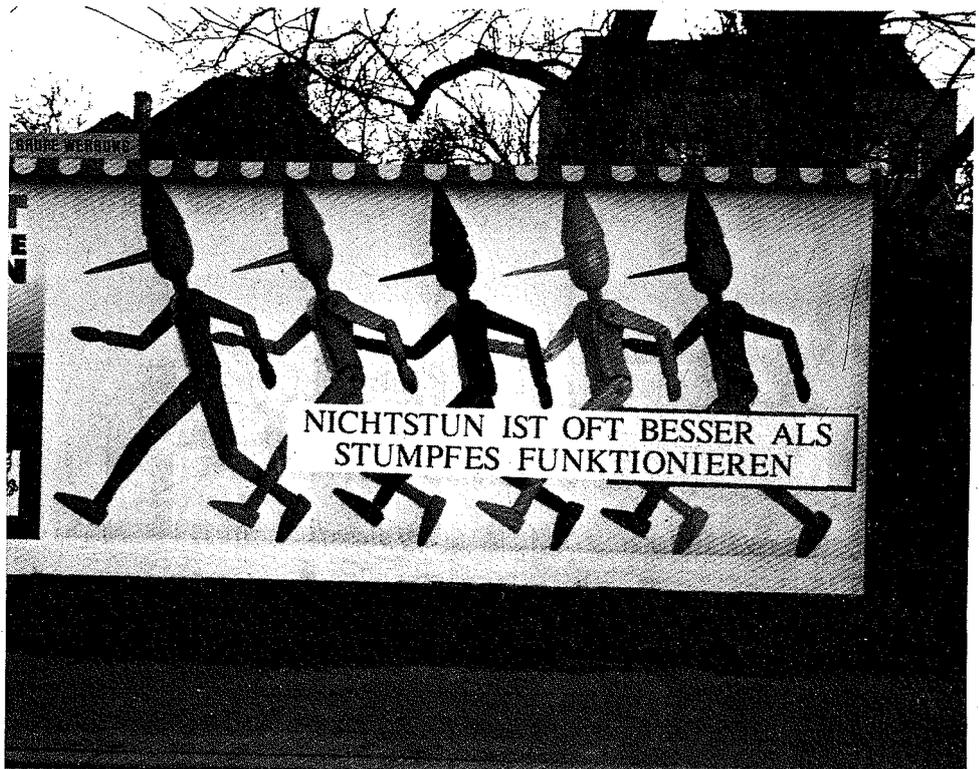
Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



## Verbesserung eines Werbeplakates; geschehen in Wien

Redaktionelle Beiträge sind als solche gezeichnet. Nicht als redaktionell gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der jeweiligen Schreiber und Schreibinnen wieder! Selbstverständlich distanzieren wir uns von allen, in nicht redaktionellen Beiträgen aufgestellten Behauptungen und vertretenen Meinungen....

## ...und im Einzelnen:

**WIEN 1:** ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kolišch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** \* unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegegasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Markt-gasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Drahdwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativen (Zollamtstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) ● ILL (Pfarrgasse 1/I. Stock) **KLAGENFURT:** ● Volksgruppenreferat Uni (Universitätsstraße) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Cafe Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (oö):** ● Kulturverein Kanal (Joseftal 21) **SCHWAZ/TIROL:** ● "Dritte Welt Laden